

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Fürstliche Almosenempfänger.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein wie aus der Vorzeit stammender Entwurf eines Gesetzes betr. die Schadloshaltung des herzoglichen Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg zugegangen. Wenn man ersehen will, welchen Tiefstand der politischen Moral wir unter der Herrschaft des Dreiklassen-Wahlrechtes erreicht haben, so ist das Studium dieses Gesetzentwurfes dringend zu empfehlen. Die Herren Schönstedt, Rheinbaben und Vobbieloff, welche diesen Gesetzentwurf verantwortlich zeichnen, haben es mit ihrem gemeinsamen Werke zustande gebracht, daß unter heillosen Vertreibung von Rechtsbegriffen und finanziellen Interessen die neue Einrichtung von fürstlichen Almosenempfängern geschaffen wird.

Daß unsere gesamte Politik in Deutschland wie in Preußen darauf hinausläuft, auf dem Wege der Gesetzgebung den herrschenden Klassen, insbesondere den Agrariern, materielle Vorteile zu gewähren, bedarf keiner Erörterung. Neu aber ist, daß im 20. Jahrhundert die öffentlichen Mittel auch benutzt werden sollen, um gewissen Familien durch einen Akt der Gesetzgebung ohne jede Gegenleistung und ohne jeden Rechtsgrund bare Rentenzahlungen zu gewähren. Der feudale Staatszweck wird wieder die Unterhaltung privilegierter Familien, der Staat wird zu einer Art Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt für Fürstlichkeiten, die das angenehme für die Begnadeten hat, daß sie Leistungen erkaufen ohne die geringste Prämienzahlung. Während in der berühmten sozialen Politik des Reiches die zu Krämpfen im Dienste der Industrie gewordenen Proletarier oft einen unendlichen Kampf ausfechten müssen, bis sie zu ihren kümmerlichen Renten gelangen, soll nach diesem neuen Gesetzentwurf plötzlich irgend einer gleichgültigen Familie ein ewiger Rentenanspruch in der Höhe von 150 000 Mark bewilligt werden.

Die Vermögensverhältnisse der verschiedenen Linien des Schleswig-Holsteinischen Fürstenhauses scheinen nicht allzu glänzend zu sein. Zu dem Prozeß, den der Herzog Günther, dessen Vermögensverhältnisse mit der Pommerenbank ebenso wenig aufgeklärt sind, wie das Konto K des Freiherrn von Mirbach, gegen die Hofdame der Prinzessin Amalie führte, kam schon zur Sprache, daß in der erlauchten Familie es mit den Finanzen nicht aufs Beste bestellt ist, obwohl die Linie, welcher der Bruder der Kaiserin angehört, auf Grund früherer Abmachungen staatlich subventioniert wird.

Zu der großen dynastischen Revolution der Jahre 1864/66 ist Preußen mit den Rechtsansprüchen der dabongezogenen souveränen Fürsten ohne jeden Skrupel verfahren. Die Hohenzollernmonarchie hat damals das Beispiel einer Expropriation gegeben, die keinerlei Rücksichten kennt. Insbesondere wurde der König von Hannover und sein Gotted-Enaben-Vetter, der Kurfürst von Hessen, ihres millionenschweren Vermögens beraubt, das dann im Welfenfonds als Quelle schmutzigster Korruption jeder Art diente. Bis zum heutigen Tage sind die Fürstenhäuser nicht entschädigt worden. Der Welfenfonds ist zwar formell zurückgegeben worden, aber erst als sich außer den interessanten Quittungen keine Verhältnisse in ihm mehr befanden. Gnädiger ist man seit jeher mit der Holsteinischen Fürstenfamilie verfahren. Aber man hat doch auf Grund der alten Verträge bisher nur diejenigen Zweige der Holsteinischen Fürstenfamilie durch Staatsmittel begossen, die wirklich durch die Umwälzungen des Jahres 1864 Verluste erlitten haben. Nunmehr aber soll vom preussischen Staat, nach dem obigen Gesetzentwurf, auch das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg von Staats wegen erhalten werden, obwohl es niemals regiert hat und also durch den Gotted-gnadenturf von 1864/66 nichts eingebüßt hat.

Indessen die Schleswig-Holsteiner Fürstlichkeiten sind infolge bekannter Umstände gegenwärtig besonders beliebt und da sie, was in ihrem Interesse zu bedauern ist, mit irdischen Mammon offenbar mangelhaft begabt sind, so soll nun der preussische Staat und der preussische Steuerzahler die Aufgabe haben, sich dieser Familie anzuschließen. Daß die Herrschaften etwa durch Arbeit sich zu erhalten bemühen, da sie doch nichts zu regieren haben, auf diesen tolen Einfall kommt man in Preußen anscheinend nicht. Befänden wir uns in Rußland, so wäre der Fall sehr einfach. Der Zar würde eben diese und jene Summe aus öffentlichen Mitteln den nollebenden Herrschaften zuweisen, und was dann noch fehlen möchte, würden sie sich auf die Manier russischer Großfürsten selber zu erwerben suchen. Preußen aber ist ein Rechtsstaat. Preußen hat ein Parlament, Preußen hat eine Verfassung! So ist es also nicht mehr ohne weiteres möglich, erlauchten Familien Subventionen aus allgemeinen Mitteln nach Willkür zuzuschicken. Die Angelegenheit muß demzufolge mit dem Schein des Rechts umkleidet werden, und man vergißt nur, daß man durch derartige Gesetzentwürfe, in denen grundlose staatliche Subventionen für begünstigte Familien gewährt werden sollen, nicht nur die Grundlage eines modernen Staatswesens erschüttert, sondern das Recht überhaupt zu einer Masse erniedrigt. Wenn die drei verantwortlichen Minister den Drang fühlen, dem nollebenden herzoglichen Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg aus öffentlichen Mitteln ein Taschengeld zu gewähren, so hätten sie auch den Mut haben müssen, diesen Anspruch ohne jede „rechtlche“ Begründung zu erheben; denn die sogenannte rechtliche Begründung wirkt wie ein Hohn auf jede rechtliche Argumentation. Sie hätten dreist und gottesfürchtig dem Herrenhaus, dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf vorlegen sollen, in dem es einfach hieß:

- § 1. Das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg bedarf dringend Geld.
- § 2. Das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg besitzt dieses Geld nicht; gesehien wird ihm auch nicht; die Familie

besitzt es ihr ebenfalls nicht; folglich hat der preussische Staat die Verpflichtung, die für die Weltgeschichte unentbehrliche Familie auf sein Konto zu nehmen.

§ 3. Das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg übernimmt als Gegenleistung die Verpflichtung, nicht auszustreten, damit sich der preussische Staat nicht der hohen Mission jemals entziehen könne, es zu unterhalten.

Zur „Begründung“ hätte es nur bedurft, einen Stammbaum aufzumalen, aus dem die verwandtschaftlichen Beziehungen hervorgingen.

Diesen ehrlichen und einfachen Weg haben die drei Minister nicht gewählt, sondern der Justizminister des Königsberger Prozesses hat ein wahres Monstrum historischer Rechtsbegründung ausarbeiten lassen, um darzulegen, daß das im Dalles befindliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg das geheiligte Recht habe, vom Staate Preußen eine Unterstüzung zu verlangen.

Allerdings sind die Staatsalmosen, für die die preussische Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt wird, nicht gerade bescheiden. Die Herrschaften müssen standesgemäß leben und das kostet Geld. Es wird dem preussischen Landtag zugemutet, und es ist kein Zweifel, daß er diese Zumutung patriotisch erfüllen wird, dem herzoglichen Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg eine „Schadloshaltung“ zu gewähren, welche besteht:

- 1. aus dem Schlosse zu Glücksburg nebst Zubehör;
- 2. einer vom 1. April ab vierteljährlich im voraus zu zahlenden Jahresrente von 150 000 Mark.

Die Rot mit dem Hause Glücksburg auf den Fingern breiten, da erst 14 Tage vor dem 1. April 1905, an dem das Gesetz in Kraft treten soll, der Entwurf dem Landtage vorgelegt wird. Das Herrenhaus wird sich wohl aus seiner Ruhe stören lassen müssen, um rechtzeitig vor dem 1. April auch feierlich diese Liebesgabe gegen fürstliche Verarmung zu gesetzlicher Kraft zu erheben.

In der „Begründung“ des Gesetzes wird gar nicht behauptet, daß das Haus Glücksburg irgend welche Rechtsansprüche besessen habe, die durch die Umwälzungen 1864/66 verletzt worden seien und zu deren Wiederstattung der preussische Staat nunmehr die Pflicht habe. Aber es wird dargelegt, daß die Familie möglicherweise unter dänischer Herrschaft größere Vorteile hätte haben können, als ihr unter der preussischen zu teil geworden sind. Es ist ja erfreulich, daß in einem amtlichen Dokument einmal zugestanden wird, daß durch das Preussischwerden nicht immer und unter allen Umständen für die Verpreußten Vorteile erwachsen, wenn diese Ausnahme von der Regel nur nicht gerade so kostspielig für Preußen wäre!

Wie aber wird nun nachgewiesen, daß die Familie, die, wie gesagt, niemals regiert hat, durch die Umwälzung von 1864 benachteiligt worden sei und deshalb auf „Schadloshaltung“ einen Anspruch habe. Es ist unmöglich, die ganze absurde Rechtsliteratur in ihren Einzelheiten zu verfolgen. Es gibt keinen Menschen in der Welt, der nicht auch einen Rechtsanspruch auf eine Rente von 150 000 Mark und ein Schloß hätte, wenn die Gründe maßgebend wären, die in dieser grotesken Denkschrift auseinandergelegt werden. In einem Beispiel aber sei, des kulturhistorischen Interesses wegen, gezeigt, was preussische Minister im Jahre 1865 als Rechtsbegründungen einem Parlament vorzusetzen sich erdreisten.

Der Familie soll vom preussischen Staate das Schloß Glücksburg als Eigentum überwiesen werden. Dieses Schloß war, wie zugestanden wird, niemals Eigentum der Familie, auch unter dänischer Herrschaft nicht. 1825 wurde das Schloß vom Könige von Dänemark dem Herzoge und seinen Nachkommen lediglich zur Benutzung überlassen. 1854 verzichtete der Herzog Karl von Glücksburg auch auf die Benutzung und gab das Schloß der Krone Dänemark zurück. Erstens hat demnach das Haus Glücksburg das Schloß niemals besessen, zweitens hat es auch schon vor einem halben Jahrhundert selbst auf die Benutzung verzichtet geleistet. Wie wird dennoch der Rechtsanspruch auf die Ueberlassung des Schlosses als Eigentum begründet? Es heißt wörtlich:

„Bei Gelegenheit der Abtretung des Schlosses gab der damalige Thronfolger, der jetzige König Christian IX. dem Herzog Karl das mündliche Versprechen ihm bei seiner Thronbesteigung das Schloß zurückzugeben. Die Erfüllung dieses Versprechens wurde infolge der späteren politischen Ereignisse unmöglich. Das Schloß wurde Eigentum des preussischen Staates. Die Benutzung wurde durch Gesetz vom 27. Januar 1868 der Krone und die Uebernahme der Unterhaltungslast auf den Kronensideikommissfonds übertragen. Einen Antrag des Herzogs Karl entsprechend, wurde das Schloß durch Allerhöchste Order vom 7. Juli 1869 von Sr. Majestät dem Könige Wilhelm I. dem herzoglichen Hause Glücksburg zur freien Wohnung und Benutzung eingeräumt.“

Man bedenke: ein mündliches Versprechen des jetzigen Königs von Dänemark, das er vor einem halben Jahrhundert gegeben haben soll, wird zur Begründung verwendet, um dem jetzigen Herzog von Glücksburg einen Rechtsanspruch auf das Schloß zu beweisen. Wenn der König von Dänemark dieses Versprechen gegeben haben sollte, das Schloß bei seiner Thronbesteigung zurückzugeben, so konnte das doch nur beweisen, daß er es ihm wieder zur Benutzung übergeben wollte; denn als Eigentum konnte er es ihm nicht zurückgeben, da es nie dessen Eigentum gewesen. Das Benutzungsrecht hat aber auch unter preussischer Herrschaft der Herzog gehabt. Der König von Preußen und der preussische Staat hätten also sogar das angebliche Versprechen Christians IX. längst erfüllt, und jeder Rechtsanspruch darüber hinaus würde damit unter allen Umständen verschwinden. Aber sehen wir uns dieses „Versprechen“ an. Wodurch ist dieses mündliche Versprechen beglaubigt? Wenn es gegeben worden ist, so würde damit der König Christian IX. eines Wortbruches beschuldigt; denn er

hat ja dieses Versprechen bei seiner Thronbesteigung gar nicht erfüllt, er hat das Schloß nicht zurückgegeben. Die „Begründung“ in der vorliegenden Denkschrift erklärt, daß die Erfüllung dieses Versprechens infolge der späteren politischen Ereignisse unmöglich geworden ist! Das ist Humbug. Der König Christian hat im Jahre 1863 seine Regierung angetreten. Der Krieg und die Annexion von Schleswig-Holstein hat erst im Jahre 1864 stattgefunden. Der König Christian IX. hätte also bereits sein Versprechen erfüllen können und müssen, wenn er es gegeben hätte und erfüllen wollte! Das mündliche Versprechen spielt, wie man sieht, in der Denkschrift die Rolle des berühmten fremden Mannes, auf den sich die Spitzbuben vor Gericht herausreden, nur ist dieser fremde Mann mit einem unglaublichen Ungeschick eingeführt worden. Diese lächerliche Unwahrheit der Begründung ist von vornherein klar. Aber auch die Wahrheit vorausgesetzt, würde das Versprechen keinen Rechtsanspruch geben.

Das ist eine Probe von der rechtlichen Deduktion, durch die bewiesen werden soll, daß die herzogliche Familie sich aller Wahrscheinlichkeit nach ohne die politischen Ereignisse in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, die in ihrem Ende erfolgte zu einer befriedigenden Lösung der Schleswig-Holsteinischen Frage und zu einer Vergrößerung der preussischen Monarchie um eine blühende Provinz geführt haben, noch heute in derselben Lage befinden würden — nämlich, in der Lage ihre standesgemäße Lebenshaltung gesichert zu sehen.

Es sei noch erwähnt, daß der jetzige Kaiser aus verwandtschaftlichen Rücksichten sich bewegen fand, wie es in der Denkschrift heißt, „in rechtlich nicht verbindlicher Weise bis zu einer anderweitigen Regelung der Angelegenheit dem Herzog Friedrich Ferdinand eine jährliche Beihilfe zu den Unterhaltungskosten des Schlosses in Höhe von 20 000 Mark zu zahlen“.

Das war auch der einzig mögliche Weg. Es ist ein schöner Zug der Familienolidarität, nollebende Verwandte zu unterstützen und die drei Minister hätten wahrhaftig nicht diese Verhöhnung des Familienfunds durch den vorliegenden Entwurf beiträchtigen sollen, durch den der Staat und die Mittel der Steuerzahler für Familienfreundschaft in Anspruch genommen werden sollen. Es ist doch wahrlich nicht die Aufgabe des Staates dafür bestraft zu werden, daß es arme Verwandte in herrschenden Familien gibt! Sollte es nicht als eine schwere Verletzung des monarchischen Prinzips empfunden werden, daß der Staat nun auch Familien unterhalten soll dafür, daß sie den Vorzug haben, nicht zu regieren?

Die historische Rechtsanschauung aber der preussischen Minister besteht, wie man erkennt, in folgendem: Aus dem Umstande, daß jemand etwas früher nicht besessen hat, folgt daß er es fortan besitzen muß. Was für Revolutionäre können doch preussische Minister zuweisen sein! Das Proletariat darf nunmehr in Preußen auf Grund dieses Rechtes Ansprüche geltend machen. Es kam weit schlagender als das Haus Glücksburg nachweisen, daß es niemals Besitz gehabt hat und daß es daher umso dringender eine „Schadloshaltung“ seitens des Staates zu heischen habe.

#### Eine neue Schlacht bei Tieling?

Es scheint, als ob die Japaner diesmal, ohne sich eine Erholungspause zu gönnen, den Kampf bis zum Weißbluten der Russen fortsetzen wollten. Aus Petersburg wird gemeldet:

Die letzten Telegramme aus Tieling melden, daß die Japaner auf der ganzen Linie immer noch im Vormarsch begriffen sind. In Offizierkreisen glaubt man, daß die Japaner diesmal ihren Angriff überhaupt nicht unterbrechen, sondern versuchen werden, der ermatteten russischen Armee keine Zeit zu lassen, sich neu zu organisieren.

London, 14. März. Die Befegung Tielings durch die Japaner gilt als unmittelfach bevorstehend.

In der Tat würden die Japaner einen strategischen Fehler schlimmster Art begehen, wenn sie ihren gewaltigen Sieg nun nicht auch so rasch als möglich ausnützen würden. Auch in Petersburg selbst ist man davon überzeugt, daß Sturopatkin mindestens 150 000 Mann verloren hat, so daß ihm jetzt nicht mehr als 160 000 Mann zur Verfügung stehen. Und obendrein in welchem Zustande. Da die Japaner gegen das geschlagene russische Heer 200 000 Mann ins Gefecht schicken können, ist alle Aussicht vorhanden, es völlig aufzuheben oder zu vernichten. Lassen sie dagegen Sturopatkin die Möglichkeit, von Tieling aus seinen Rückzug auf Charbin ruhig zu bewerkstelligen, so könnte das, wenn auch keine Wende des Feldzugs, so doch eine unnötige Verzögerung desselben bedeuten. Aller Voraussicht nach wird man also bald vom Beginn neuer furchtbarer Kämpfe bei Tieling hören!

#### Ueber die Auskehr des Schlachtfeldes

meldet Dharma:

Tokio, 14. März. Amtliche Mitteilung. Ein Bericht des Marschall Dharma, der am 14. d. Mis. hier einging, enthält folgendes: In der Richtung nach Singking besetzte eine Abteilung unserer Truppen am 11. d. Mis. Singban, achtzehn Meilen östlich von Fushan, nachdem sie den Feind von dort vertrieben hatte. Am Schachofahren unsere Truppen fort, auf verschiedenen Punkten die Ueberreste der feindlichen Streitkräfte zu vertreiben. In den gebirgigen Gegenden östlich von Tieling hat sich eine beträchtliche Anzahl von russischen Offizieren und Soldaten ergeben.

Wahrscheinlich befinden sich die Japaner bereits nicht nur östlich von Tieling, sondern auch westlich und nördlich davon. Ein neues Umgehungsmander dürfte bereits ein-



geleitet sein. Darüber werden freilich erst amtliche japanische Nachrichten vorliegen, wenn das Wandaer geglättet ist.

#### Mißglückter Pump.

Paris, 14. März. Aus Petersburg wird hiesigen Blättern gemeldet, daß zwischen den Delegierten der französischen Bankinstitute und dem russischen Finanzminister in betreff der Frage der Anleihe keine Verständigung erzielt werden konnte und die Anleihe deshalb verschoben wurde.

#### Russisches Dementi der Friedensgerüchte.

Petersburg, 14. März. (W. A. V.) Nach eingehenden Erkundigungen, die die (offizielle) Petersburger Telegraphen-Agentur eingezogen hat, befähigt sich die gestrige Reuters-Nachricht aus Washington nicht, wonach die russische Regierung das zweite Pazifik-Geschwader zurückberufen haben soll.

Petersburg, 14. März. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Es geht das Gerücht, der Generalkommandant der Truppen des Kiower Militärbezirks, Generalleutnant Sjukomlinow, werde zum Stabschef des Oberkommandierenden der Mandschuri-Armee ernannt werden.

Diese halbamtlichen Mitteilungen beweisen natürlich absolut gar nichts. Rußland arbeitet wahrscheinlich nur mit dem allerdings leicht zu durchschauenden Ziel, die Fortführung des Krieges anzudrohen, um Japan zu möglichst milden Friedensbedingungen zu veranlassen. Auf dieselbe Absicht ist auch wohl die folgende in die englische Presse lanzirte Nachricht von

#### neuen Mobilisationen

zurückzuführen:

London, 13. März. („Bureau Laffan.“) Aus ausgezeichneter Quelle erfährt der Petersburger „Standard“-Korrespondent, daß das in Polen stehende 14. Armeekorps, das bereits mobilisiert worden ist, nebst einem zweiten Armeekorps und weiteren Truppenabteilungen sofort auf den Kriegsschauplatz entsandt werden wird. Ein Großfürst erklärte am Freitag im Gespräch mit einem Diplomaten, es würde eine neue Armee entsandt werden.

Abwarten!

Petersburg, 14. März. General Autopattin meldet unter dem 12. d. Mts.: General Baron v. Mehendorff stürzte am 10. d. Mts. vom Pferde und zog sich einen Bruch des Schlüsselbeins zu. Er wurde nach Gharbin geschickt; die Ärzte glauben, daß er bald wieder hergestellt sein wird.

Eine Depesche Autopattins vom 13. d. Mts. besagt: Berichte über neue Kämpfe liegen zurzeit nicht vor. In den Bewegungen unserer Truppen herrscht Ordnung. Der Feind unternimmt Reconnozierungen.

## Die Bauernbewegung in Rußland

scheint trotz der offiziellen Ablehnungen einen großen Umfang anzunehmen. Es ist aber nicht klar, welche politischen Tendenzen in dieser Bewegung zum Ausdruck kommen. In einem Petersburger Telegramm des „Tag“ wird gemeldet:

Die Bauernbewegung nimmt immer größere Ausdehnung an. Die Priester erklären bereits öffentlich, daß das Verständnis der Bauern sich in den letzten Jahren ungeheuer entwickelt habe; sie begnügen sich darüber nachzudenken, daß sie in jeder Hinsicht die Bedrückten seien und daß die Regierung stets auf Seiten der Gutbesitzer stehe. Obgleich noch keine blutigen Exzesse unter der Landbevölkerung vorgekommen sind, so ist doch der materielle Schaden durch Plünderungen von Gütern, Brennereien und Meiereien sehr bedeutend. Dabei ist der Schutz, den die Behörde den Bedrückten bietet, sehr gering.

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Bauernaufstand von dem Jazismus angezettelt ist — als Mittel gegen die politische Freiheitsbewegung.

#### Eine Bombenexplosion.

Nach einer Petersburger „Laffan“-Meldung erfolgte eine laute Explosion am Montagabend um 9 Uhr dicht vor den Mauern des Kremis in Moskau. Ein Gendarm wurde durch die Gewalt der Explosion zu Boden geworfen, sonst wurde kein Mensch verletzt. Der Polizei gelang es bis jetzt noch nicht, eine Spur der Aufklärung des Vorfalles zu finden.

#### Der Ruf nach einer konstituierenden Versammlung.

Petersburg, 14. März. (Offizielle Meldung.) In einer allgemeinen Versammlung der Advokaten-Gesellschaften wurde eine Resolution gefaßt, in welcher es heißt: Die Aufgabe der Spezialkonferenz unter dem Minister des Innern Wulgyn müsse sich erstrecken auf die Ausarbeitung eines Gesetzes betreffend Einberufung einer konstituierenden Versammlung, an der Vertreter der gesamten Bevölkerung Rußlands teilzunehmen haben ohne Unterschied der Nationalität und der Religion, unter der Voraussetzung, daß vorher die Ausnahme-gesetze über den verstärkten Schutz abgeschafft werden. Ferner müsse die Aufgabe der genannten Kommission sich erstrecken auf Verleihung der Pressefreiheit, der Redefreiheit, der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Person und des Domizils, sowie die Befreiung der wegen politischer Verbrechen verhafteten Personen.

Diese Resolution soll allen Gemeindeverwaltungen und Semstwo's übersandt werden.

#### Märzhandgebung der Wiener Arbeiter.

Der Märzgang der Wiener Arbeiter, an dem sich 50 000 Proletarier beteiligten, gestaltete sich zu einer Sympathiehandgebung für die russische Revolution. Die polnischen Genossen legten einen Kranz mit der Widmung nieder: „Den Opfern der zarischen Gewalthaten 1905“.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

#### Reichstag.

Trotzdem der Reichstag natürlich auch jetzt nicht beschlußfähig ist, hielt er heute doch den Plan für die Kontingentierung des Etats, die notwendig ist, um ihn bis zum 1. April fertig zu stellen, streng inne. Alle Redner bestreiteten sich der größten Kürzung und nicht wenige hatten auf das Wort überhaupt verzichtet.

Beim Patentamt drehte sich die Debatte um einen nationalliberalen Antrag, der unter Verufung auf die Schwerfälligkeit und Kostspieligkeit des jetzigen Verfahrens eine Reform des Patentgesetzes, des Musterrecht- und des Warenzeichengesetzes forderte. Zweifellos ist der Schutz des photographischen Urheberrechts und der Geschmacksmuster sowie das Bestehen der internationalen Union für den gewerblichen Urheberrecht nach wichtiger als die hier geforderte Reform. Wenn aber, wie Genosse Ehrhart nachwies, das jetzt bestehende Patentgesetz durch seinen Bürokratismus das

Gewerbe belästigt, statt zu fördern, die ärmeren Erfinder ausbeutet, statt sie zu schützen und dabei den schlimmsten Medizinwucher züchtet, so sind diese Bedenken kein Grund, die Reform der gewerblichen Rechtsschutzgesetze aufzuschieben. Gegen das von allen Parteien unterföhrte Verlangen der technischen Hilfsarbeiter des Patentamtes, die übrigen Lebenslang-Hilfsarbeiter bleiben, nach einer angemessenen Gehaltsaufbesserung, konnte auch der Staatssekretär nicht auftreten. Freilich, die freigebigen Gelder des Liberalismus, Dr. Passche und Dr. Müller-Meinungen, legten ihm nahe, den Beamten lieber einen schönen Titel als Geld zu geben; sie tun unrecht daran, ihre sinnlose Titelsucht bei diesen schlechtbezahlten Skopparbeitern voranzusehen. — Die nationalliberale Resolution fand trotz ihrer unbestimmten nichtsagenden Fassung die Unterstützung der gesamten Linken, der übergroßen Mehrheit des Zentrums und damit die Annahme.

Beim Reichs-Versicherungsamt brachten die beiden an der Arbeiterversicherung besonders stark interessierten Parteien ebenfalls nur ganz kurz die Wünsche vor, die ihnen besonders stark aufgaben. Da zeigte es sich, daß den Zentrums-Abgeordneten Trimborn und Erzberger die Lage der Beamten des Reichs-Versicherungsamtes am hilflosbedürftigsten, die Anstellung katholischer Beamter und katholischer Krankenpfleger als dringendste Reform der Reichsversicherung erschien. Herr Erzberger hatte sogar Zweifel an der Wirksamkeit der Heilstättenbehandlung, weil diese Heilstätten keinen katholischen Charakter trügen. Herr Erzberger scheint also zu glauben, daß die gute Luft kranker Arbeiter nur dann hilft, wenn sie weihrauchgeschwängert ist. — Unsere Parteigenossen, Robert Schmidt-Berlin und Körsten, hatten realere Sorgen. Sie gingen eine große Zahl von Bestimmungen, z. B. über das Wiederaufnahme-Verfahren, die Bedingungen der Rentenkürzungen, die Anstellung ärztlicher Atteste usw. durch und machten eine ganze Reihe praktischer Vorschläge, um den Arbeitern den Nutzen der Versicherungsgesetzgebung voller zugute kommen zu lassen oder den Schaden neu ausgeklügelter Gesetzesauslegung abzuwenden. In den Vordergrund seiner Auseinandersetzungen stellte aber Genosse Schmidt mit Recht eine scharfe Polemik gegen die Auffassung des Staatssekretärs, als ob in einem erheblichen Maße Simulationen zur Erhebung von Rentenansprüchen führten. Er wies nach, daß umgekehrt in sehr vielen Fällen heute die Renten verweigert würden, in denen die ärztliche Wissenschaft noch nicht mit Sicherheit den ursächlichen Zusammenhang zwischen Unfall und nachfolgender Erkrankung feststellen könnte, dieser aber aller Wahrscheinlichkeit nach vorhanden sei. Aus der gerechten Aufsehung der Arbeiter gegen diese Beeinträchtigung erklärten sich dann die erbitterten Kämpfe, die um die Rente geführt werden. Genosse Schmidt erklärte mit Recht die verkehrte Auffassung des Staatssekretärs aus dem Umstand, daß zwischen den höheren Verwaltungsstellen und der Arbeiterchaft ein Zusammenhang leider gar nicht bestände: der Staatssekretär würde, wenn er sich bei den Arbeitervertretern erkundigte, sicherlich zu einem anderen Urteil über die Rechtmäßigkeit und Anfrichtigkeit der Rentenansprüche gelangen. Dem gegenüber hielt der Staatssekretär einfach seine früheren Ausführungen ausrecht, ohne indes neuerlich einen Versuch zur Begründung seiner Furcht vor der Simulation zu machen.

Ohne wesentliche Debatte erledigte der Reichstag dann noch den Etat des Kanal-amtes, des Aufsichts-amtes für Versicherung und mit den Petitionen den Rest des Etats des Reichsamtes des Innern. Rasch, aber nicht in würdevoller Hast wie im Landtage, wurden auch der Etat des allgemeinen Pensionsfonds und Reichsinvalidenfonds durchberaten.

Damit war das Programm des heutigen Tages erledigt. Morgen will der Reichstag den Etat des Reichskanzlers, der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes beraten. —

#### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Was im Reichstage früher die Sozialistenedebatten waren, das sind jetzt im preussischen Abgeordnetenhaus die Polen-debatten. Jahraus, jahrein muß sich die Regierung attestieren lassen, daß sie mit ihrem Eifer, mit ihren Attacken gegen das Polentum ein schmächtliches Fiasko erlitten, daß die Hunderte von Millionen, die sie angeblüh für die Sache des Deutschtums in den Ostmarken geopfert, tatsächlich nur dem Polentum selber zu gute gekommen seien. Wohl nirgend zeigt es sich so drastisch wie hier, wie ohnmächtig im Grunde Regierungskunst gegen Volkskraft ist, wie wenig die künstliche chavindische Expansionspolitik einer Regierung gegen die wahrhaft nationale Expansion eines aufstrebenden Volkes bedeuten will. Gleichwohl hält man mit der bekannten Unentwegtheit, die unsere Regierungsmänner auszeichnet — bis oben wieder einmal ein anderer Wind weht — an diesem Kurs fest. Im Ernst kann vielleicht ein Minister von der Qualität des Freiherrn v. Hammerstein nur noch glauben, daß den Polen auf diese Art beizukommen ist. Die übrigen schon schwerlich. Tut nichts; unsere preussischen Minister gehen den Weg weiter, auf den sie kommandiert sind, und lassen sich von der Rechten Zeugnisse für Wohlverhalten ausstellen.

Die heutige Polendebatte fand beim Etat der Ansiedelungskommission statt, der in dieser Sitzung erledigt wurde. Konnte die Regierung hier keinen besonderen Glanz entfalten, so erstrahlte sie im bengalischen Licht beim folgenden Gegenstand, beim Etat der Lotterieverwaltung. Hier hat sie ein wahrhaftes Werk nationaler Einigung vollbracht. Sie hat nämlich die Einigung der deutschen Lotterieverwaltungen angebahnt. Freiherr von Rheinbaben hat seine ganze große diplomatische Vegabung aufgewandt, um diese Großtat zu vollführen, und es ist ihm auch gelungen. Es herrschen jetzt, wie er sich ausdrückte, „befriedigende Zustände“. Es muß in der Tat jedes deutsche Herz mit Befriedigung erfüllen, wenn man vernimmt, daß künftig der preussische Untertan und der mecklenburgische Untertan nicht mehr in geschlossenen Stuberts sich verbotene Lüste kommen zu lassen braucht, daß er frei und offen und geschützt von dem Auge der Obrigkeit seine Lotteriespielen kann. Ja es ist sogar die Aussicht vorhanden, daß wir noch gar bis zur deutschen Lotteriegemeinschaft emporsteigen! Wenn wir also auch kein Reichs-Schulwesen, keine Reichs-Eisenbahnenverwaltung, kein Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht bekommen, so vielleicht doch einmal eine Reichs-Lotterie. Und da spreche man noch von preussischem Partikularismus!

Nach diesem großen Werk konnte der letzte Gegenstand, der das Haus beschäftigte, die Errichtung einer Regierung in Allenstein in keine Begeisterung mehr erwecken. Interessant benahm sich der Freiherr v. Jeditz. Er, der gern den Rentor im Hause spielt, gefällt sich seit einiger Zeit darin, zuweilen der Regierung eine kleine Bosheit zu sagen. Heute meinte er: Er hätte es noch nie erlebt, daß Tintenfässer und Altensände besonders fruchtbar

auf die Hebung von einzelnen Landesteilen wirken. Jeditz, der ganze Tintenfässer im Dienste des „Tag“ leert, verfolgt also offenbar den geheimen Zweck, die Hebung dieses scheinlichen Unternehmens zu bereiteln. —

#### Ein Sieg in 500 Jahren.

Die bürgerlichen Parteien sind groß im Geldehum bei Dogmatiken. Kaum ist die große Schlacht um die akademische Freiheit zu Ende, so kommt schon wieder ein heißer Streit. Diesmal sind es private Aeußerungen Wilhelms II., die er gelegentlich der Einweihung des Berliner Domes einem Hamburger Geistlichen Dr. Behemann gegenüber getan haben soll. Der Kaiser habe sich von der in der Domweihe ausprägenden Zusammengehörigkeit aller Protestanten Erfolg von dem Kampf mit dem Ultramontanismus verprochen. Des Kaisers Ueberzeugung sei, so berichtete Herr Behemann, etwa die folgende: Nicht irgend welche Organisation ist es, wodurch der Protestantismus den Katholizismus besiegen will, denn in der Organisation wird uns die katholische Kirche stets überlegen sein; aber an den Früchten werde man erkennen, wohin der Sieg sich neige, denn an ihm erkennen wir, ob Gott mit uns ist oder mit jenen, und ist Gott mit uns, so steigen wir, wenn auch nicht in 20 oder 300 Jahren, vielleicht in 500 Jahren.

Vom Standpunkt eines Protestanten läßt sich keine größere Resignation denken, als dieser Hinweis, daß die Sache der Reformation über den katholischen Merikalismus in 500 Jahren siegen werde. Eine Sache, die an einen Sieg nicht sofort, in 10 oder 20 Jahren glaubt, ist im Grunde eine Sache, die sich selbst aufgibt. In 500 Jahren an einen Sieg glauben, heißt verzweifeln. So müßte eigentlich die kaiserliche Aeußerung hellen Jubel in der katholischen Presse erregen. Aber die regierende Partei in Deutschland hat sich so tief in den Gedanken hineingelegt, daß die edelsten Herren der katholischen Kirche im Kaiser, trotz seines evangelischen Bekenntnisses, einen der ibigen betrachten dürfen, daß die Aeußerung argen Unwillen hervorgerufen hat. Es scheint, als ob das Zentrum etwas Kulturkampfstimmung erzeugen möchte, jetzt, wo es auf der Höhe seiner Macht angelangt ist und wo die Folgen seiner vollberräterischen reaktionären Politik, dieser militärischen und marinsinischen Protowucher-Politik auch in den eigenen Reihen wachsenden Anstoß erregen. Darum will das Zentrum dem Kaiser nicht gestatten, daß er überhaupt den Gedanken hegt, in 500 Jahren den katholischen Ultramontanismus besiegen zu können.

Vom Standpunkte eines konstitutionellen Staates hat natürlich das Zentrum recht, wenn es die persönliche Stellungnahme des Kaisers in den konfessionellen Fragen bekämpft. Aber das Zentrum hat, seitdem es ein wahres Hof-Zentrum geworden ist, sich niemals über die zahlreichen Lebenswiderigkeiten beklagt, in denen der Kaiser gegenüber der katholischen Kirche sich gefallen hat. Es ist bekannt, daß sogar der Papst wegen dieser zentrumsfreundlichen Haltung des Kaisers den protestantischen Monarchen als den Fürsten bezeichnet hat, in dem das Los der katholischen Kirche am besten aufgehoben sei. So darf das Zentrum sich auch nicht beschweren, wenn der Kaiser nur auch von dem Umstand einmal Gebrauch macht, daß er doch eigentlich ein protestantischer Fürst sei.

In einem Berliner Briefe bemüht sich die „Königliche Volkszeitg.“ außerordentlich, die politisch belanglosen Aeußerungen zur Erregung der Gläubigen auszunützen. In der Unterhaltung der politischen Kreise treten, so läßt sich das katholische Blatt schreiben, alle Geheimentwürfe, Reichstags- und Landtagsreden zurück vor der Erörterung der Aeußerung des Kaisers, alle Welt sei übertrastet, sogar die radikal protestantischen Kreise. Die „Königliche Volkszeitung“ meint, der Kaiser habe sich einem mittelparteilichen religiösen Kurs ergeben. Er bezog die sogenannten liberalen Theologen und sie akzentuiert den Umstand, daß Kaiser Wilhelm II. die Zusammengehörigkeit aller Protestanten für den Kampf gegen den Ultramontanismus befürwortete. Für einen solchen Ausdruck interessierten sich doch die 22 Millionen katholischer Deutscher naturgemäß sehr. Das Haus Hohenzollern habe oft Stellung gegen die katholische Kirche genommen. Kaiser Wilhelm II. schien es befrieden zu sein, ein neues Verhältnis anzubahnen. Ja schwärmerisch veranlagte Katholiken begannen schon, Wilhelm II. und das Haus Hohenzollern als Anker der katholischen Kirche zu betrachten. Jetzt wird es schwer halten, das verlorene Vertrauen wieder herzustellen. Auf lange Zeit ist nicht daran zu denken. Das ist der Wechsel alles irdischen. Der gestern noch unbekannt Dr. Behemann kann unter Umständen noch eine historische Persönlichkeit werden.

Wir, die wir überzeugt sind, daß der Kampf zwischen Protestantismus und Katholizismus innerhalb der herrschenden Klassen längst eine weifenlose Spielerei ist und daß es sowohl der protestantischen wie der katholischen Kirche nur darauf ankommt, die Massen für die Interessen der herrschenden Klassen einzufangen, finden diese erregten Ausbrüche der „Königlichen Volkszeitung“ wohlhaft. So lange das Zentrum in Deutschland seine Aufgabe erfüllt, größere Wählermassen der politischen Auffklärung zu entziehen, so lange hat das Zentrum bei uns nichts zu befürchten. Das wissen die Herren von der „Königlichen Volkszeitung“ auch sehr gut und wenn sie trotzdem sich stellen, als ob sie von der Anklündigung eines Sieges in 500 Jahren Gefahr befürchten, so kann der tiefe Grund dafür nur in dem Bewußtsein liegen, daß es nach der völligen Preisgabe aller demokratischen Traditionen auf die Dauer nicht mehr seine Machtstellung in der katholischen Arbeiterchaft aufrecht erhalten kann, und so versucht es selbstamerweise mit einer angeblichen Gegnerschaft des Kaisers gegen die katholische Kirche agitatorisch zu wirken. Wenn das Zentrum ernst machen würde und die Rolle einer hochkatholischen Partei aufgeben würde, so würden wir wenigstens den einen Erfolg haben, daß wir in Deunt ersterbende Geburtstagsreden eines Grafen Ballestrem nicht mehr zu hören brauchen.

Indessen es ist keine Aussicht vorhanden, daß wir auch nur diesen kleinen politisch-ästhetischen Erfolg erleben werden. Denn inzwischen erregt ein Telegramm Wilhelms II. hellen Jubel im Zentrum. In Eisenach ist ein „Deutscher Studententag“ befohnen gewesen, der den glorreichen Sieg der akademischen Freiheit feierte und ziemlich heftig „Kulturkampf“ gepaukt zu haben scheint. Natürlich haben die Tasperen auch aus „der Stadt freien Geisteslebens“ den Kaiser mit dem „Ausdruck unumwandelbarer Treue“ antelegraphiert. Der Kaiser aber antwortete wie folgt:

Ich habe den Huldigungsgruß aus Eisenach gerne entgegengenommen und ich hoffe, daß die Studenten stets bestrebt sein mögen, die deutsche Geistesfreiheit auch durch die Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender hochzuhalten. Wilhelm I. R.

Da sich diese Mahnung zur Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender doch wohl nicht auf das Verhältnis zur Sozialdemokratie beziehen wird, so bedeutet dieses Telegramm eine scharfe Abfage an die antiklerikale Studentepolitik. Die Geistesfreiheit der Studenten soll sich betätigen in der Achtung der Unterdrückung aller Geistesfreiheit, die das Programm des Merikalismus ist.

Die „Germania“ erläutert dieses Telegramm als „schallende Ohrfeige“ für die Herren Studenten:

„Das kommt davon, wenn man Freiheit predigt und Zerkortismus ab! Seine Wlamage hat der „Deutsche Studententag“ damit weg und seinen Mißerfolg im dem Heilzuge gegen die katholischen Studentenkorporationen“ auch. Das Kaiser-Telegramm nach Eisenach war nicht nur ein rechtes Wort zur rechten Zeit, sondern in seiner Fassung auch die beste Antwort, die diesen jugendlichen Helden „freien Geisteslebens“ bei ihren Bestrebungen, die deutsche Geistesfreiheit durch die Vergewaltigung der Ueberzeugung Andersdenkender zu vernichten, zuteil werden konnte. So klingt es nicht nur wie eine ernste Mahnung, sondern fast wie eine bittere Satire aus dem Antworttelegramm des Kaisers heraus, und eine solche Antwort haben die Herren Studenten selbst mit ihrer Anspielung auf das „freie Geistesleben“ geradezu provoziert.“

Man sieht: Die „Königliche Volkszeitung“ muß ihre Waffe wieder einpacken. Es ist nichts mit dem kulturkämpferischen Kaiser.



In der Tat, wenn der Protestantismus erst in 500 Jahren siegen soll, so muß man in der Zwischenzeit wohl oder übel auch die „Geistesfreiheit“ des Ultramontanismus achten! —

## Deutsches Reich.

**Preußen und die Reichs-Erbhöfsteuer.** Die Äußerungen des preussischen Finanzministers über den Plan der Reichs-Erbhöfsteuer sind in den Parlamentsberichten anscheinend nicht genau aufgefaßt worden. Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht hat Freiherr v. Rheinbaben erklärt:

„Daß der Misere der Reichsfinanzen abgeholfen werden muß, ich glaube, darüber werden wir alle einig sein. (Sehr richtig!) Aber welcher Weg dafür zu wählen ist, darüber sind die Verhandlungen noch in keiner Weise abgeschlossen, selbst im Reichsschatzamt noch nicht, und noch weniger ist eine Vorlage an das Staatsministerium oder gar an den Bundesrat gelangt. Bei dieser rein präparatorischen Lage der ganzen Sache bin ich außerstande, meinerseits hier eine Erklärung abzugeben. Ich möchte nur betonen, daß meines Erachtens von einem Wegfall der preussischen Erbschaftsteuer gar keine Rede sein kann; denn ich möchte nicht, wie die Bundesstaaten dazu kommen sollten, auf den Ertrag zu verzichten, den sie gegenwärtig haben. Es ist für Preußen ein Objekt von 11 Millionen, auf das wir niemals verzichten können. Ebenso pflichtet ich Herrn Abg. v. Heydebrand darin bei, daß der Weg einer Reichs-Einkommensteuer für die Bundesstaaten vollkommen ungangbar ist.“

Auf diese wenigen Bemerkungen muß ich gegenwärtig beschränken; ich würde fürchten müssen, sonst in die Verhandlungen einzugreifen, die gegenwärtig bei den Reichsinstanzen schweben.“

Daraus geht hervor, daß das Projekt der Reichs-Erbhöfsteuer bisher lediglich im Reichsschatzamt bearbeitet wird. Die im geistigen Bericht behauptete Ablehnung dieser Steuer durch Preußen hat der preussische Finanzminister nicht angelündigt, was ja auch eine Verstärkung des Reichsschatzamts sondergleichen bedeutet hätte. Der Finanzminister betonte aber, daß Preußen auf seine bisherigen Einnahmen aus der Erbschaftsteuer nicht zugunsten der Misere der Reichsfinanzen verzichten wolle. Ebenso erklärte er sich schroff gegen die Reichs-Einkommensteuer, und in dieser Beziehung glaubt er nicht nur für Preußen, sondern „für die Bundesstaaten“ sprechen zu dürfen.

### Die Friedensstärke des Heeres.

Nach einer langen und bewegten Diskussion hat die Mehrheit der Budgetkommission des Reichstags am Dienstag in zweiter Lesung einen vom Zentrum vorbereiteten und von der Regierung angenommenen Kompromißantrag zu dem Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres angenommen. Nur die Sozialdemokraten und die Freisinnigen und Demokraten lehnten auch diesen Kompromißantrag ab. In seiner Schlussfassung lautet er auf folgendes hinaus: Vom 1. April 1905 ab wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres als Jahres-Durchschnittsstärke allmählich herabgesetzt, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1909 die Zahl von 505 830 Mann erreicht (Einjährige, Unteroffiziere und Offiziere sowie alle Militärbeamten z. nicht eingerechnet). Von dieser Präsenzstärke gehen — nach dem Kompromißantrag — 2000 Defonomehandwerker ab, für deren Ersatz durch zivile Handwerker die Vorbereitungen spätestens bis zum 31. März 1910 im Etat zu treffen sind. Die Verminderung der Zahl tritt mit dem Ersatze ein. Bisher wurden bei der Errichtung von Korps-Befehlungsämtern und ihrer Besetzung durch Handwerker aus der Zivilbevölkerung die bisherige Anzahl der sogenannten Defonomehandwerker nicht wieder zurückgerechnet, so daß die Präsenzstärke sich allmählich nicht unbeträchtlich erhöht hatte.

Was die Zahl und Art der durch das Gesetz zu schaffenden Formationen (Kaders) anlangt, so wurde beschlossen:

Die Zahl der vorhandenen Formationen wird	
bei der Infanterie auf	633 Bataillone,
bei der Kavallerie auf	510 Eskadrons,
bei der Feldartillerie auf	574 Batterien,
bei der Fußartillerie auf	40 Bataillone,
bei den Pionieren auf	29 Bataillone,
bei den Verkestruppen auf	12 Bataillone,
bei dem Train auf	23 Bataillone.

In der Weise erhöht, daß bei der Kavallerie 10 Eskadrons vom 1. April 1910 (im ursprünglichen Zentrumsantrag 1912!) bis zum Schlusse dieses Rechnungsjahres, die übrigen Formationen bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1909 gebildet werden.

Abg. Dr. Spahn begründete in der Diskussion den Kompromißantrag des Zentrums: Das Bestreben seiner Partei sei immer dahin gegangen, die Zuschulanleihen zu vermeiden; neue Steuererlässe lagen bis jetzt noch nicht vor, nicht vor 2—3 Jahre könne man überhaupt Einnahmen daraus erwarten; daher müsse man die finanziellen Wirkungen des neuen Duinquennatgesetzes berücksichtigen; prinzipiell habe er gegen die geforderten Vermehrungen nichts, wenn Geld vorhanden wäre, würde er sie auch jetzt bewilligen. Es komme also nur darauf an, das Tempo der Vermehrung den finanziellen Mitteln anzupassen. Vom 1. April 1906—1911 würde auch alles geschaffen werden, was die Regierung fordere.

Der Schatzsekretär erklärte, daß auch die Regierungen Bedenken gegen die Zuschulanleihen immer gehabt hätten; in diesem Etat seien zunächst 20 Millionen Zuschulanleihen vorgesehen worden; wenn aber der Zolltarif am 1. Januar 1906 schon in Kraft hätte treten können, dann wäre sie überflüssig gewesen. Die dann immer noch fehlenden 24 Millionen hätten ohne weiteres die Einzelstaaten übernommen. Dadurch, daß der Zolltarif erst am 1. März 1906 in Kraft treten kann, dürfte man die Zollmehrnahmen 1905 nur auf 14 Millionen schätzen; durch Erhöhung der Einnahmefläche sei schließlich der Betrag der Zuschulanleihen auf rund 20 Millionen herabgemindert. Im Bundesrat habe er die Uebernahme dieser 20 Millionen auf Matrularbeiträge wärmstens empfohlen und glaube darauf rechnen zu dürfen, daß die Einzelstaaten zustimmen, wenn der Mehrbetrag ihnen einstweilen gestundet wird, wie im Etatsgesetz von 1904.

Der Kriegsminister hoffte, daß durch diese Erklärungen die Bedenken gegen die Regierungsvorlage behoben seien, da ja von einer Zuschulanleihe ganz abgesehen werden könne. Erfreulich sei das Zugeständnis Spahns, daß es notwendig sei, die bisher zurückgesetzte Kavallerie aufzubessern und zwar im Rahmen der Vorlage. Was die Defonomehandwerker anlangt, so bestreite die Abficht, die Bekleidungsämter alle umzuwandeln, er habe deshalb kein Bedenken gegen den Antrag des Zentrums.

Abg. Dr. Paasche trat für eine von ihm vorgeschlagene Verbesserung des Zentrumsantrages ein, da aus dem Antrag des Zentrums nicht hervorgehe, daß die Defonomehandwerker nicht abgeschafft werden sollen. Was die Kavallerieerforderungen anlangt, so bestreite das Zentrum durch seinen Antrag daraus ein Septennat. Da aber ein Kompromiß der Regierung mit dem Zentrum vorzuliegen scheine, so bliebe ihm nichts übrig, als für den Zentrumsantrag zu stimmen.

Abg. v. Michthofen stellte im Verein mit seinen Fraktionskollegen den Antrag, entgegen der Resolution des Zentrums, die 10 Eskadrons Kavallerie nicht erst bis 1912 sondern schon bis 1910 zu bewilligen. Grundtätig stehe er auf dem Standpunkte, daß die Vorlage der Regierung unverändert angenommen werden müsse. Da aber ein Festhalten an diesem Standpunkte, die Gefahr einer Ablehnung der ganzen Forderung mit sich bringe, so müsse er sich auf eine Verbesserung des Zentrumsantrages beschränken.

Abg. Singer wandte sich gegen eine Aenderung des Reichsschatzsekretärs — die dieser später als mißverständlich erklärte —, daß der Reichstag zu viel Zeit für die Beratung der Handelsverträge gebraucht habe; das Gegenteil sei richtig. Der Schatzsekretär tue so, als ob die Einzelstaaten aus gutem Herzen die Matrularbeiträge übernehmen, dazu seien sie aber doch verpflichtet; das Reich sei ihnen schon zu viel entgegengelommen. Was die Reichsfinanz-

reform anlangt, so müsse man nach den Worten des preussischen Finanzministers fürchten, daß sie hinfällig sei; man werde danach also doch wieder versuchen, die Erhöhung der Ausgaben durch vermehrte indirekte Steuern wettzumachen. Wenn es dem Zentrum Ernst sei mit der Behauptung, es wolle nur noch die starken Schultern belasten, dann solle es jede Neubewilligung bis nach Regelung der Reichsfinanzen zurückziehen.

Abg. v. Kardorff erklärte, daß er den Vorschlägen Michthofens in allen Punkten beitrete. Er ziehe indirekte den direkten Steuern vor; aber zur Festsetzung der Finanzsalomitäten des Reiches werde er auch direkte Steuern betwilligen.

Abg. v. Liebermann erklärte seine Zustimmung zum Antrag des Zentrums. Abg. Dr. Spahn zählte auf, was das Zentrum erreicht habe: Anrechnung der Defonomehandwerker auf die Präsenzstärke und Verschiebung von zehn Eskadrons auf die Zeit nach diesem Duinquennat. Wenn man nicht auf direkte Steuern komme, dann werde man eben auf Matrularbeiträge zurückgreifen; indirekte Steuern und Anleihenwirtschaft für solche militärischen Forderungen gäbe es einfach nicht.

Abg. Gröber legte Wert darauf, daß in dem Gesetz eine bestimmte Zahl von zu ersetzenden Defonomehandwerkern festgelegt werde, wodurch allein die Regierung zur Beschleunigung der Umwandlung gebrängt werden könne. Mit bloßen „Vorbereitungen“ dieser Verminderung sei nicht gebiet.

Der Kriegsminister besitt die Möglichkeit, bis zum Schlusse des Duinquennats 2000 Defonomehandwerker abuschaffen, höchstens 1350 könnten ersetzt werden. Mehr könne mit Sicherheit nicht versprochen werden, da die notwendigen Bauten gar nicht fertig gestellt werden könnten.

Bei der nunmehr fortgesetzten Beratung des Militär-Etats legte Abg. Erzberger eine Resolution vor, den Herrn Reichsschatzsekretär zu ersuchen, im Besitze des Reiches befindliche und entbehrlich gewordene, früher oder später zu Wohnzwecken geeignete Gelände nicht in Privatbesitz kommen zu lassen, sondern diese Gelände entweder selbst zu behalten und in Erbbau auszugeben oder an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Kreise abzutreten unter der Bürgschaft, daß diese Gelände bei der Verwendung zu Wohnzwecken nicht der Spekulation und dem Bodenwucher anheimfallen. — Geh. Rat Herz bemerkte dazu, daß alle Gelände zunächst Behörden oder Kommunen angeboten würden; wenn diese den Erwerb ablehnten, dann müsse man auf andere Verwertung sehen. In Festungsgeländen müßte doch offenbar ein Teil etwa freierwerbendes Gelände verwertet werden, um die Kosten erträglich zu machen. Bei den Festungsgeländen könne man Versuche mit Erbbau-pacht machen, aber man solle daraus keinen Grundsat machen. Wenn Städte wie Köln und Königsberg freierwerbendes Gelände selbst übernehmen, dann habe man versucht, die für Plätze z. aus-geschriebenen und billiger berechneten Flächen vertraglich vor Aus-nutzung zur Hauspekulation zu schützen. Weiter könne man wohl nicht gehen. Wo das Reich Festungsgelände selbst verwerte, da habe man für moderne Bebauungspläne gesorgt, ebenso wie für einwandfreie Baustatuten, mit besonderer Berücksichtigung der leichteren Baufront. Anträge großer Banken auf Verwertung der Baublöcke habe man abgelehnt; man habe vielmehr die einzelnen Baupläge selbst an Bauaufstige veräußert.

Die Vertreter der Parteien begründeten den Grundgedanken der Resolution, ohne aber ihre Einzelvorschläge zu billigen. Die Resolution wurde abgelehnt.

Bei dem Etat der Gouverneure, Kommandanten und Platz-majore regte Abg. Dr. Südekum vergeblich Ersparnisse durch Streichung einer Anzahl von Stellen, z. B. des Kommandanten von Königsberg (ein Kommandant mit 6000 M. für eine Kompanie und einige Artilleristen!) und des Kommandanten von Frankfurt a. M. an. Die Stelle in Frankfurt sei schon 1890/91 als „künftig wegfallend“ bezeichnet worden, aber ihr Inhaber streiche immer noch das Gehalt ein; man solle ihm begreiflich machen, daß das nun einmal auf-hören müsse. General Sirt von Armin belämpfte die Anträge des Abg. Südekum, die darauf abgelehnt wurden.

Weiterberatung Mittwoch.

**Die bedingte Begnadigung.** Dem Reichstag ist die Zusammen-stellung über die Anwendung der für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften für die Zeit bis Ende 1904 zugegangen. Insgesamt ist seit der Einführung der bedingten Begnadigung bis Ende 1904 in 50 830 Fällen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt worden. Für das Jahr 1904 beträgt die Zahl 14 783. Die Maßregel kam in 76 Proz. der Fälle Personen männlichen Geschlechts, in 24 Proz. Personen weiblichen Geschlechts zugute. Dabei kamen 1/2 aller bedingten Begnadigungen auf Jugendliche und zwar, abgesehen von 3 Proz., auf noch nicht mit Freiheitsstrafe bestrafte Jugendliche. Die strafbare Handlung, auf welche sich die Begnadigung bezog, war in 66 Proz. der Fälle ein Vergehen, in 21 Proz. ein Verbrechen und in 13 Proz. eine Uebertretung. Die Dauer der angelegten Gefängnisstrafe betrug in 1/2 der Fälle eine Woche oder weniger, nur in 1/2 der Fälle überstieg sie einen Monat. Die Bewährungsfrist war in 76 Proz. der Fälle auf weniger als drei Jahre bemessen, in 24 Proz. auf drei Jahre oder mehr. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre haben 79,9 Proz. der Fälle einen günstigen Ausgang gehabt.

**Rugdan.** Aus Görlitz wird uns mitgeteilt: Im Reichstage hat Dr. Rugdan am Freitag behauptet, daß die Görlitzer Kranken-lassen-Vorstände in der gemeinsamen Versammlung, die sich scharf gegen seine vorjährige Krankenlassen-Rede durch eine Resolution aus-sprach, belogen worden seien. Das hätten ihm Krankenlassen-Mitglieder erklärt. Wenn das der Fall ist, so haben diese Mitglieder Herrn Dr. Rugdan belogen. Da man in Görlitz seinen Pappenheimer kennt und solche Ausreden im voraus unmöglich machen wollte, wurde in jener Sitzung der Rassenvorstände Rugdans Rede im Wortlaut nach dem amtlichen Stenogramm verlesen. Es wußte jedermann also, um was es sich handelte, es sei denn, daß einige freisinnige Schlafmützen dagewesen wären.

## Husland.

### Das ungarische Problem im Reichsrat.

Wien, 14. März. Bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stellte der Ministerpräsident Herr v. Gautschi den neuernannten Landesverteidigungsminister Feldzeugmeister Schönath vor. Das Haus beginnt sodann die Beratung des Antrages des Abgeordneten v. Derichatta (deutsche Volkspartei) betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Erörterung des Verhältnisses zu Ungarn. In der Begründung seines Antrages hebt der Abgeordnete hervor, daß die 1897er Basis im Laufe der Jahre von Ungarn zu ungunsten Oesterreichs verrückt sei; er führt Tatsachen zum Beweise dafür an, daß die unsichtbare Zolllinie bereits greifbar sei. Die letzte Neujahrsrede Tiszas beweise, daß künftig nicht, wie es im Dualismus vorgesehen sei, ein Staat neben Oesterreich, sondern über ihm entstehen soll. Derichatta fährt fort, es gehe nicht an, der Regierung allein die Verantwortung für die künftige Gestaltung der Dinge zu überlassen, das Haus müsse dieselbe mit ihr übernehmen und tragen. In dem vom Redner beantragten Sonderausschusse sollen die Voraussetzungen festgestellt werden, unter denen Oesterreich in ein neues staatsrechtliches Ver-hältnis zu Ungarn treten könnte.

Abg. Dr. Lecher (Deutsche Fortschrittspartei) bedauert, daß das Haus von den Verhandlungen mit den ungarischen Volksver-tretern ausgeschlossen sei, wiewohl Oesterreichs wichtigste Angelegen-heiten auf dem Spiele stehen. Es sei Pflicht der Regierung, die Führung des Reichsrats in dieser Frage zu übernehmen. Redner be-mängelt, daß der deutsche Handelsvertrag aus Rücksicht für Ungarn noch nicht vorgelegt sei und zweifelt daran, daß das ungarische Par-lament denselben ablehnen werde, weil er bis 1917 abgeschlossen sei, während er gemäß der Szellischen Formel nur bis 1907 hätte abgeschlossen werden dürfen. Redner erklärt: Ungarn denkt vorläufig kaum an eine wirkliche Zolltrennung; es will nur die Zwischenzolllinie. Wir sind finanziell und

wirtschaftlich stärker als Ungarn und politisch mächtiger. Wenn unsere leitenden Faktoren sich die Rechte dieser Reichshälfte stückweise ent-reißen lassen, muß die Volksvertretung selbst für sich sorgen, bereits im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen der Krone mit Ungarn aufzutreten und vollkommene formelle und materielle Parität fordern. (Lebhafte Beifall.)

In weiteren Verlaufe der Beratung des Antrages Derichatta erklärt v. Arentz, die Alldeutschen seien für die Personalunion unter vollständiger Selbständigkeit und Unabhängigkeit beider Staats-gebiete und Schaffung zweier selbständiger Oester unter einem gemeinsamen Kriegsherrn, sowie für Festsetzung der Delegationen und gemeinsamen Ministerien. Die Nachweise der Zolltrennung von Ungarn würden reichlich weitgemacht, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen würden, daß Oesterreich und das Deutsche Reich zusammen ein Wirtschaftsganzes bilden. Hierauf wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

## Frankreich.

### Das Budgetvotum und die Sozialisten.

Paris, 13. März. (Fig. Ver.) In der Gesamtabstimmung über das Budget haben 35 sozialistische Abgeordnete, darunter selbst-verständlich sämtliche Mitglieder der linkssozialistischen Fraktion, mit Nein gestimmt. Von den rechtssozialistischen Deputierten haben neun für das Budget gestimmt: Augagneur, Baron, A. Voyer, Carnaud, Colliard, Gerault-Richard, Joard, Normand, Jévas. Außerdem natürlich die Abgg. Gabriel Deville und Millerand, die heimergeit aus der P. S. F. ausgeschlossen wurden. Der Abstimmung haben sich enthalten fünf rechtsstehende Sozialisten: Augé, Douhet-Alleg, Camuzet, Charpentier, Weber.

Diese Abstimmung ist deshalb von Interesse, weil sie nach der Annahme des sozialistischen Einigungsentwurfes erfolgte, der die Abgeordneten zur Verweigerung des Budgets verpflichtet. Immerhin hat wenigstens die Mehrheit der rechtsstehenden Fraktion, darunter natürlich Jaurès, Briand und Pressensé, in Ueberein-stimmung mit den Einigungsbedingungen gegen das Budget votiert. Die Zahl der Budgetverweigerer ist gegenüber dem Vorjahre ge-stiegen.

Einer der rechtsstehenden Budgetverweigerer, Abg. Boulain, ver-öffentlicht übrigens im „Socialiste Ardennais“ einen Artikel, worin er mit den bekannten Argumenten das Votum des Budgets von wegen der etwaigen darin enthaltenen Reformen rechtfertigt begw-für notwendig erklärt.

## Italien.

### Zur Kabinettskrise.

Rom, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gegenüber großen Schwierigkeiten, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, der Post und des Unterrichts zu besetzen, verläutet, das Fortis das alte Kabinett Giolitti un-berändert beibehalten oder auf die Kabinettsbildung verzichtet werde.

## Gewerkchaftliches.

### Das sind die Arbeitswilligen, die fleißigen und billigen!

Die lieben Arbeitswilligen werden nicht nur von der Justiz rüchrichtsvoll behandelt. Auch die Unternehmer lieben es, diese Herrschaften wie rohe Eier zu behandeln, so lange — bis der Streik vorbei ist.

In der Waggonfabrik zu Hannover hat man die Arbeitswilligen in einer ehemaligen Direktorswohnung untergebracht! Freilich, die frühere Behaglichkeit ist aus den Salons verschwunden. So weit hat man die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ nicht getrieben, daß man den lieben Hausbesitzern nun auch das elegante Mobiliar ließ. Aller Schimmer ist aber auch jetzt aus dieser Stätte so mancher glänzenden Gesellschaft nicht verschwunden. Wie immer fand sich in den Räumen auch diesmal eine fröhliche Gastmacht-Gesellschaft zusammen. Bei den Klängen der Guitarre und Mandoline wurden mehrere Maß Bier sowie etliche Portionen Wurst und Brot von den Arbeitswilligen ver-tilgt. Ob, wie sonst, die Frau Direktor die Hommencur machte, ist allerdings nicht bekannt; jedenfalls aber hielt der Herr Direktor eine Festsprache, in der er phantastisch vom guten Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit erzählte — ein hübsches Gastmächthema!

Sonst gehts nicht immer so fabel her. Nach der Haus-ordnung müssen die Lichter rechtzeitig ausgelöscht werden, so daß um 10 Uhr Ruhe im Quartier herrscht. Man sieht, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erfordert, daß man auf Wunsch des Kapitals nicht nur arbeitswillig sei, sondern auch schlaflos, schlaflos namentlich, wenn der Ruf zum Anschluß an die Organisation erfolgt. — Wo blieben sonst die Arbeitswilligen, die fleißigen und billigen!

## Berlin und Umgegend.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission ersucht uns belannt zu geben, daß in Ausführung des Beschlusses der Gewerkschaften Berlins und Umgegend für alle der Kommission an-geschlossenen Gewerkschaften am 18. März ein Antrag vom Ausschuss niedergelegt wird.

Achtung, Tapezierer! Alle im Ausstand befindlichen Kollegen werden dringend ersucht, zwecks Kontrolle heute vormittag um 11 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 15, zu erscheinen.

## Die Verbandsleitung.

Der Uebertritt der Ristenmacher zum Holzarbeiter-Verband ist bekanntlich schon vor längerer Zeit von den Mitgliedern des Fach-vereins mit großer Mehrheit beschlossen worden. Am Montag fand nun eine gubeluchte Versammlung der Ristenmacher statt, wo der Vorsitzende Karl Juel über die Verhandlungen mit dem Holz-arbeiter-Verband berichtete. Daraus schloß sich eine rein sachliche Be-sprechung über die Pflichten und Rechte, die mit dem Uebertritt verbunden sind. Der Uebertritt soll am 1. April dieses Jahres erfolgen. Die nächste Generalversammlung wird die Auflösung des Fachvereins beschließen. Die Ristenmacher werden dann eine Branche des Holz-arbeiter-Verbandes bilden und an Stelle des bisherigen Vorstandes wird eine Branchenkommission gewählt werden. Der Arbeitsnachweis wird mit dem Holzarbeiter-Verband vereinigt. Die bestehenden Verkehrslokale der Ristenmacher sollen auch ferner noch als Zahl-stellen beibehalten werden, jedoch können dann die Ristenmacher wie alle anderen Verbandsmitglieder ihre Beiträge in allen Zahlstellen des Holzarbeiter-Verbandes entrichten. Bei Differenzen mit Ar-beitgebern müssen selbstverständlich die im Holzarbeiter-Verbande geltenden Bestimmungen genau beachtet werden. Jedes Mitglied, das zum Verband übertritt, muß bis zum 1. April seine Verpflich-tungen gegen den Fachverein in vollem Maße erfüllt haben und darf in keiner Weise mit seinen Beiträgen im Rückstand sein. Die Ueber-schreibung findet bereits am Sonnabend, den 25. März, und am 1. April statt. Dazu muß jeder persönlich erscheinen und sein Mit-gliedsbuch mitbringen. Der Beitrag wird vom 1. April ab im Ver-band derselbe sein wie jetzt im Fachverein, nämlich 60 Pf. Wird die geplante Krankenunterstützung eingeführt, so steigt der Beitrag selbstverständlich um ein geringes, wofür aber den Mitgliedern ent-sprechende Vorteile geboten werden. Die Krankenunterstützung der Ristenmacher wird beim Uebertritt nach der Summe der im Fach-verein geleisteten Beiträge berechnet.



Sowohl die Referenten wie die Diskussionsredner wurden die Anwesenden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder dem Verband zugeführt werden und alle ihre Beiträge bis zum Ende dieses Monats pünktlich bezahlen und von da ab ebenso ihren Verpflichtungen gegen den Holzarbeiterverband nachkommen.

### Lohnbewegung der Handwerker.

Unter der Leitung der Rätischen Gewerkschaft des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation der Gärtnere, haben die in den Handelsgärtnereien Berlins und der Vororte beschäftigten Gehilfen eine Lohnbewegung ins Werk gesetzt. Die vor einigen Wochen aufgestellten Forderungen sind der Arbeitgeberorganisation, der Gruppe Berlin des Handelsgärtnereien-Verbandes übermittelt worden. Die hauptsächlichsten Forderungen sind folgende:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt höchstens 11 Stunden. Sonntags dürfen nur die von der Natur bedingten Arbeiten verrichtet werden, doch muß wenigstens jeder zweite Sonntag vollständig freigegeben werden. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, und wenn sie notwendig sind, mit 50 Pf. zu bezahlen, ebenso die notwendige Arbeit an freien Sonntagen. Es ist ein Mindestlohn von 20 M. wöchentlich zu zahlen, bei freier Wohnung, Licht, Heizung und zweimal Kaffee mit Brot 18 M., bei halber Station, Licht, Heizung und Mittagessen 15 M., bei vollständig freier Station 10 M. Ferner wird die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, sowie die möglichste Befreiung des Rost- und Logiswessens gefordert. — Die Arbeitgeberorganisation wird ersucht, auf der Grundlage dieser Forderungen einen Tarifvertrag mit dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein abzuschließen.

Ueber die Verhandlungen, welche zwischen den Vertretern beider Organisationen stattgefunden haben, wurde am Donnerstag in einer von der Gewerkschaft des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins einberufenen öffentlichen Versammlung Bericht erstattet. Die Versammlung tagte in Dräsel's Saal, sie war sehr stark besetzt. Die Zahl der Anwesenden belief sich auf weit über 1000. — Wie der Referent Mittheilung machte, haben die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch keinen betriebligen Abschluß gefunden. Die Differenzen drehen sich, abgesehen von einigen weniger bedeutenden Punkten, hauptsächlich um den Lohn. Die Arbeitgeber wollen nur 18 M. wöchentlich bewilligen. Für Naturalleistungen haben sie bestimmte Sätze aufgestellt, die da, wo sie gewährt werden, vom Lohn abzurechnen sind, so daß bei völlig freier Station ein Wochenlohn von 8 M. bewilligt werden soll. — Die Anzahl der sehr geringen und deshalb bedeutungslos christliche Organisation hat, ohne daß die große Mehrheit der Berliner Gärtnereigenossen etwas davon wüßte, mit der Arbeitgeberorganisation einen Tarif, der die hier mitgetheilten Angebote der Arbeitgeber anerkennt, bis 1. Juli 1907 abgeschlossen. Eine praktische Bedeutung wird dieser Tarifvertrag nicht erlangen, weil keine nennenswerte Arbeiterorganisation dahinter steht. Die große Mehrheit der Arbeitnehmer folgt dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein, der auch insofern einen Erfolg zu verzeichnen hat, daß die Arbeitgeber mit seinen Vertretern verhandeln, während sie früher nur mit der sogenannten gemäßigten Richtung in Verbindung treten wollten. — Der Referent ist der Meinung, daß man sich hinsichtlich des Lohnes vielleicht dahin verständigen könne, daß der Mindestlohn auf 19 M. und vom 1. April 1908 ab auf 20 M. festgesetzt wird, und daß für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre ein geringerer Lohn, jedoch nicht unter 17 bezw. 18 M. vereinbart werden dürfe. Auch betreffs der anderen Punkte werde sich eine Verständigung erzielen lassen, so daß man erwarten könne, es werde ein Tarifabschluß auf ein oder zwei Jahre zustande kommen.

Als Vertreter der Arbeitgeberorganisation sprach Gärtnereibesitzer Kohnmannslehner aus Belp. Auch er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß beide Organisationen zu einer Einigung kommen werden. Die Handelsgärtner hätten den dringenden Wunsch, geregelte Verhältnisse im Gewerbe zu schaffen, sie würden deshalb den billigen Wünschen der Gehilfen Rechnung tragen. — In der weiteren Diskussion sprachen mehrere Arbeitnehmer. Unter anderem wurde erwähnt, daß nach dem Ergebnis der vom Allgemeinen deutschen Gärtnerverein aufgenommenen Statistik für Berlin ein durchschnittlicher Wochenlohn von 19,36 M. ermittelt ist, also ein großer Teil der Gehilfen durch die Festsetzung eines Mindestlohnes von 19 M. schon einen Vorteil haben würde. — Die Versammlung beauftragte die Kommission, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern fortzusetzen, jedoch so, daß dieselben vor dem 24. d. M. beendet sind. In diesem Tage soll eine Versammlung der Gehilfen endgültig Stellung nehmen zu dem Ergebnis der Verhandlungen.

Die Bauanschläger (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) befaßten sich am Montag in einer bei Vuggenhagen abgehaltenen gut besuchten Versammlung mit den Maßnahmen, die sie zur Einführung ihres Tarifs auch gegen diejenigen Betriebe anzuwenden gedenken, die weder der Berliner Schlosserinnung noch dem Verbands Berliner Schlosserbetriebe angehören. Bekanntlich haben die Anschläger mit den genannten Arbeitgeberorganisationen einen neuen Tarif abgeschlossen, der am 1. April in Kraft tritt. Außerhalb des Tarifverhältnisses stehen nun aber eine Anzahl Firmen sowohl in Berlin als auch in den Vororten, die nicht Mitglieder einer Arbeitgeberorganisation sind; auch mit der Charlottenburger Schlosserinnung konnte der Tarif bisher nicht abgeschlossen werden. Für die Bauanschläger ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, den Tarif einseitig auf sämtliche in Betracht kommende Firmen auszudehnen. Es wurde deshalb nach reichlicher Aussprache folgende vom Verbandsvertreter Kubatich gefasste Resolution einstimmig angenommen: „Die Bauanschläger verpflichten sich, den am 1. April d. J. in Kraft tretenden, zwischen der Schlosserinnung und Berlin und dem Verband Berliner Schlosserbetriebe einerseits sowie der Bauanschlägersektion des Metallarbeiter-Verbandes andererseits abgeschlossenen Tarif auch in den übrigen Betrieben der Branche zur Anerkennung zu bringen und eventuell da, wo der Tarif nicht anerkannt werden sollte, die Arbeit niederzulegen.“ Den in Frage kommenden Unternehmern soll der Tarif rechtzeitig zur Unterschrift präsentiert werden, so daß sie es sich im Falle der Weigerung selbst zuzuschreiben haben, wenn es zum 1. April in ihren Betrieben zum Streit kommt.

Vom Branchenführer Ross wurde sodann noch ein Bericht der Schlichtungskommission gegeben, der darin gipfelte, daß sich die Arbeitgeber geneigt haben, einen unparteiischen Vorsitzenden für die Kommission anzuerkennen. Die Herren hatten vielmehr den Obermeister Heinrich für dieses Amt ansersehen, womit sich die Arbeitnehmer jedoch nicht einverstanden erklärten. Infolgedessen bleibt es bei dem bisherigen Zustand, daß sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Arbeitgeber eine geforderte Kommission von je 5 Mitgliedern besteht, die sich in Streitfällen gegenseitig zu verständigen suchen, so gut es unter den obwaltenden Umständen eben gehen will.

Die Sperrung über einen unentschiedenen Polier zu verhängen sahen sich die Potsdamer Maurer genötigt. Derselbe erging sich in Ausdrücken wie Schalklöse, Lausjung, Potsdamer Gefindel u. a. Als die Sperrung über diesen Herrn verhängt war, der vermutlich von der Hinceros-Rede des Herrn v. Mirbach profitiert hatte, legten auch die auf dem Bau Beschäftigten Berliner Zimmerer die Arbeit nieder. Nun kroch der vorher so Hochmüthige zu Kreuz, er bedauerte seine Ausdrücke und erklärte auch, ein paar von ihm gemahregte Arbeiter wieder einstellen zu wollen. — Da in Potsdam noch mehrere Poliere sind, die sich des Oberhofmarschall-Lohnes befleißigen, wollen die Maurer sich auch der Erziehung dieser Herren noch etwas annehmen.

### Deutsches Reich.

In Bernau haben am 4. März sämtliche Drechsler mit wenigen Ausnahmen den Arbeitgebern folgende Forderungen eingereicht: Allgemeine Einführung der wöchentlichen 56stündigen Arbeitszeit, Abschaffung des Dampfhebes im Betrage von 3 bis 3,00 M. pro Woche, Regelung der Arbeitsweise. Die Arbeitgeber haben die Forderungen rundweg abgelehnt und die Arbeiter teilweise so

fort, teilweise am Montag entlassen. Die Streikenden oder eigentlich Ausgesperrten sind guten Mutes und fest entschlossen, ihre gewöhnlichen Forderungen voll und ganz durchzudrücken. — Der Zugzug von Drechsler nach Bernau ist streng fernzuhalten.

500 Tischler und Drechsler befinden sich nach einem uns aus Magdeburg zugehenden Privattelegramm dort im Auslande. — Zugzug ist fernzuhalten.

Zur Schuhmacherbewegung in Weiskensfeld. Man schreibt uns aus Weiskensfeld: Wenn unsere Schuhfabrikanten an Stelle der Freigabe mehr soziale Einsicht und Entgegenkommen gezeigt hätten, es wäre für sie besser gewesen. Die Bewegung, an der sich über 2000 Personen beteiligen, lächerlich zu machen, die Forderungen der Streikenden zu erzeugen. Das Gegenteil ist eingetreten. Jetzt haben einige Fabrikanten im Vertrauen auf die treu gebliebenen Arbeiter und sonstige Arbeitswillige durch Inserate bekanntgegeben, daß die bis jetzt ruhenden Betriebe am Montag wieder eröffnet würden. Diese Ladungen sind selbsteingeschlagen, trotz Spendens von Bier usw. Die Tausende halten jetzt in der vierten Woche genau noch so zuversichtlich zur Fahne wie am Beginn des Streiks. Nur die Kervosität der Polizeibehörde ist im Steigen begriffen. Als am Montag früh die Ausständigen sich an den Toren der Betriebe, in denen sie beschäftigt waren, einfanden, um den Fabrikantenerfolg anzusehen, sperrten die sofort auf dem Plane erschienenen Polizeimannschaften die Straßen und Plätze ab. Aber kein Arbeitswilliger näherte sich dem Fabrikator. Ein einziger der Fabrikanten, der Herr M. Seiler, hat Glück gehabt; ihm sind drei Arbeitswillige befreit worden in seinen Betrieb, der vor dem Ausstand 51 Personen beschäftigte. Nicht weniger als neun Polizeileute hatten sich zum Schutz dieser Arbeitswilligen eingefunden und besorgten auch mit peinlicher Pünktlichkeit die Begleitung von und zur Arbeitsstätte. — Die Streikenden halten für Montag früh 9 Uhr eine Versammlung als Heerführer einberufen, die von über 2000 Personen besucht war. In der Diskussion wurden die Geldentlastungen der Polizei von einzelnen Rednern kritisiert, wodurch sich der Ueberwachende veranlaßt fühlte, die Versammlung aufzulösen, nachdem er vorher dazu uns Wort gebeten hatte. Mit Ruhe leerte sich der Saal; die Begeisterung erhöhte sich.

Kein militärischer „Arbeitswilliger“. Ueber den Fall der Beschäftigung eines Maschinenmeisters in Odenburg, der beim Militär dient, als unfreiwilliger Arbeitswilliger, erzählt jetzt der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, daß die Sache sich harmlos auflöst. Die betreffende Firma, von der wir übrigens sofort feststellten, daß sie sich im Verzeichnis der Tarifstreuen befände, war im einige Tage in Verlegenheit gesetzt, weil einer ihrer Maschinenmeister 8 Tage vor seinem Austritt erkrankte, der schon beschaffte Ersatz aber nicht sofort antreten konnte. Aus diesem Grunde erbot sich ein Maschinenmeister derselben Firma, der zurzeit seiner Militärschicht genügt, die Firma aus der Verlegenheit zu helfen. Seine Entlohnung war durchaus tarifmäßig. — Da wir von der ersten Mitteilung Notiz genommen hatten, bringen wir auch diese Aufklärung des Falles zur Kenntnis unserer Leser.

## Aus Industrie und Handel.

Die Verhandlungen über eine neue russische Anleihe auf dem französischen Geldmarkt sind gescheitert. Bekanntlich schweben schon seit mehreren Wochen Verhandlungen zwischen einem Pariser Bankensortium und dem russischen Finanzministerium über eine neue russische Anleihe in Paris, und zwar in der Höhe von 800 bis 1200 Millionen Fr. Durch diese Verhandlungen hat die Kriegerlage der russischen Devisenmacht bei Wälden einen tiefen Sturz gemacht; denn die Pariser Bankfinanz will unter den neuen Umständen nichts mehr von einer Emission wissen, wenigstens nicht für die nächste Zeit. Das „Wolfsche Telegraphen-Bureau“ meldet aus Paris: „Aus Petersburg wird hiesigen Blättern gemeldet, daß zwischen den Delegierten der französischen Bankinstitute und dem russischen Finanzminister in betreff der Frage der Anleihe keine Verständigung erzielt werden konnte und die Anleihe deshalb verschoben wurde.“

Was fängt jetzt Rußland an? Zur Fortsetzung des Krieges in der Mandchurei braucht Rußland notwendig Geld. Durch neue Steuererhöhungen läßt sich kaum eine größere Summe beschaffen; denn ein weiteres starkes Anziehen der Steuerfahne hieße die Gärung unter der russischen Bevölkerung bis zur Stehprobe steigern und die Bauern der Revolution in die Arme treiben. Die deutschen Banken werden aber ebenso wenig wie die französischen zur Aufnahme geneigt sein. Samuel-Mendelssohn hilft!

Der Geschäftsbericht der Hamburg-Amerika-Linie, der gestern von der Verwaltung veröffentlicht worden ist, zeigt, daß die Gesellschaft im letzten Jahr ein recht gutes Geschäftsergebnis erzielt hat. Der nach Deduktion aller Unkosten verbleibende Betriebsergebnis beträgt 29 504 331,84 M. (gegen 22 000 274,22 M. im Vorjahre). Nach Abzug der Zinsen auf die Prioritätsanleihen mit 1 674 000,40 M. ergibt sich ein Reingewinn von 27 829 722,44 M. (im Vorjahre 20 300 774,22 M.). Aus dieser Summe sollen 9 Millionen Mark zur Zahlung einer Dividende von 9 Proz. (im Vorjahre 6 Proz.) und 17 959 896,57 M. (im Vorjahre 13 832 624,08 M.) zu Abschreibungen vom Werte der Schiffe usw. sowie zur Dotierung des Erneuerungsfonds verwendet werden, während der Rest zur Verstärkung des Reservefonds und zur Zahlung der statutenmäßigen Lantime dient. Teils ist diese Gewinnsteigerung auf eine Zunahme des Verkehrs, teils auf den vorteilhaften Verkauf der Schnelldampfer „Augusta Victoria“, „Fürst Bismarck“ und „Columbia“, sowie des Frachtdampfers „Belgia“ an Rußland zurückzuführen. Mit Einschluß der im Bau befindlichen 16 neuen Dampfer umfaßt die Flotte der Gesellschaft jetzt 149 Dampfer mit 182 kleinere Dampfer, Leichter usw. mit einem Gesamttonnagehalt von 764 551 Brutto-Registertonnen; gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 36 000 Tonnen.

Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet auf den englischen Kohlenexport läßt sich jetzt, nachdem nun auch die englische Außenhandelsstatistik für den Monat Februar veröffentlicht ist, ziemlich genau feststellen. In den beiden ersten Monaten dieses Jahres sind nach einem Anstieg der „Köln. Volksztg.“ aus der englischen Statistik von englischen Häfen nach dem Auslande, einschließlich Koks und Bricketts, 7 533 158 Tonnen verschifft worden, gegen 6 784 908 Tonnen in der entsprechenden vorjährigen Zeit. Noch deutlicher tritt die Zunahme hervor, wenn wir nur mit den Ziffern für Februar uns befassen. Hier handelt es sich um 3 906 128 Tonnen gegen 3 359 135 Tonnen. Am bedeutendsten stieg natürlich die Verschiffung nach Holland und Deutschland. Nach Holland wurden 483 745 Tonnen gegen nur 68 903 T. im Februar 1904 gefandt; der größte Teil war natürlich für Deutschland bestimmt. Die unmittelbare Ausfuhr nach Deutschland belief sich auf 662 868 Tonnen gegen 311 774 Tonnen im Februar vorigen Jahres. Die belgischen Häfen erhielten 87 480 Tonnen gegen 56 650 Tonnen. Fassen wir die Ziffern für die beiden Monate Januar und Februar zusammen, so ergibt sich im Vergleich zur vorjährigen Zeit eine Zunahme um 618 000 Tonnen für Holland, um 577 000 Tonnen für Deutschland und um 30 000 Tonnen für Belgien, zusammen um 1 225 000 Tonnen. Da, wie oben erwähnt, die englische Gesamtexport aber nur in den beiden Monaten um 748 000 Tonnen gesteigert ist, so hat die Ausfuhr nach anderen Ländern durch den verstärkten Versand nach den genannten Ländern natürlich eine Einbuße erlitten.

Deutschlands Ernte im Jahre 1904. In dem ersten Vierteljahr geht zur Statistik des Deutschen Reiches 1905“ werden die Ergebnisse der Erntestatistik für das Jahr 1904 veröffentlicht. Hiernach betrug die Ernte im Jahre 1904:

	im ganzen	vom Herbst
	L o n n e n	
an Winterweizen . . . . .	3 516 804	2,00
„ Sommerweizen . . . . .	287 964	1,98
„ Winterroggen . . . . .	453 837	1,45
„ Wintergerste . . . . .	9 919 219	1,66
„ Sommerroggen . . . . .	141 543	1,10
„ Sommergerste . . . . .	2 948 154	1,81
„ Hafer . . . . .	6 936 008	1,66
„ Kartoffeln . . . . .	36 267 192	11,04
„ davon gesunde . . . . .	35 829 378	
„ Kleebheu . . . . .	7 749 790	3,83
„ Luzerneheu . . . . .	1 225 192	5,38
„ Strohheu . . . . .	21 507 119	3,62

Dem Vorjahre gegenüber beträgt der Zuwachs an Brotgetreide, d. h. Weizen, Winterroggen und Roggen, 411 878 Tonnen oder + 3,0 Prozent. Dagegen betrug die Minderernte an gesunden Kartoffeln 4 481 221 Tonnen oder — 11,1 Proz., an Kleeb-, Luzerne- und Strohheu 6 924 832 Tonnen oder — 18,5 Proz. Sommergerste und Hafer, die hauptsächlich zur tierischen, in gewissem Umfange aber auch zur menschlichen Ernährung dienen, ergaben zusammengefaßt ebenfalls eine Minderernte von 1 812 837 Tonnen oder — 11,7 Proz.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Ablehnung einer russischen Anleihe in Frankreich. Paris, 14. März. (B. Z. V.) Die Meldung über die Verschlebung des Abschlusses der russischen Anleihe wird dem „Temps“ zufolge von den hiesigen beteiligten Bankinstituten bestätigt. Eine hierüber von dem Blatte veröffentlichte Mitteilung lautet: „Angesichts der Ungewißheit, in welcher man sich hier bezüglich der militärischen Ereignisse in der Mandchurei sowie der Absicht der russischen Regierung in betreff der Fortsetzung des Krieges befindet, war es sehr natürlich, daß Pariser Banken und Kreditinstitute es ablehnten, einen Vertrag betreffend die neue Anleihe, heute zu unterzeichnen. Dieser ist demgemäß aufgehoben, bis die Lage in Rußland sich geklärt und der französischen Finanzwelt und dem Publikum eine gewisse Beruhigung gewährt sein wird.“

Paris, 14. März. (B. Z. V.) Nachdem der Generalstaatsanwalt Vandouin seine Schlussanträge in der Dreifus-Angelegenheit dem Kassationshofe unterbreitet hat, betraute der Präsident Vallot-Beaupré den Rat Puch mit dem Bericht über die Sache.

Rom, 14. März. (B. Z. V.) Heute früh wurde in Cassino ein leichtes Erdbeben verspürt; heftigere Erdbeben fanden abends in Salerno, Neapel, Benevent und Avellino statt.

Rothstand in Spanien. Madrid, 14. März. (B. Z. V.) Depeschen aus Andalusien berichten über Arbeiterbewegungen. In mehreren Orten kam es zu Ruhestörungen. Die städtischen Behörden haben die Hilfe der Regierung angerufen, da sie nicht imstande seien, dem allgemeinen Rothstand abzuhelfen.

London, 14. März. (B. Z. V.) Unterhaus. Premierminister Balfour erklärte in Beantwortung einer Anfrage, daß nach Ansicht des Reichsverteidigungsausschusses eine Invasion in England zum Zweck der Eroberung unmöglich sei. Die Frage kleinerer Einfälle sei von geringerer Bedeutung, aber verwickelter. Er glaube jedoch aussprechen zu dürfen, daß die Regierung keinen Anlaß zu ernstlicher Besorgnis geben könne. Balfour kündigte sodann an, daß er morgen einen Antrag stellen werde, daß der Regierung erweiterte Vollmachten gegeben werden sollen, damit über die Budgets, für die dies notwendig sei, noch vor dem Ende des Finanzjahres abgemittelt werden könne. Diese Anknüpfung wurde mit Protesten der Opposition aufgenommen.

Das Haus setzte sodann die Beratung des Marineetat, von dem gestern die Ziffern des Mannschaftsbestandes bewilligt worden sind, fort. Im Laufe der Debatte führte Herbourg (kons.) aus, der wirkliche Grund in der Veränderung der Verteilung der Flotte sei das Herannahen einer sehr großen Flottenmacht in der Nordsee. Die deutsche Flotte werde im Jahre 1917 aus 38 Schlachtschiffen, 23 Kreuzern, 14 großen und 33 kleinen Kreuzern, dies sei eine große und mächtige Flotte. Man dürfe nicht vergessen, daß sie in der Nordsee konzentriert sei. Redner fuhr fort: Man wird mir sagen, es sei nicht mit einem richtigen Einberufen zwischen uns und den anderen Ländern im Einklang, andere Mächte hier im Parlament im Zusammenhang mit der Vermehrung der britischen Flotte zu erwähnen. In anderen Parlamenten handelt man indessen nicht nach dieser Empfindung. Wir sehen, daß im französischen und im deutschen Parlament die Stellung anderer Länder offen erörtert wird. Der französische Marineminister hat kürzlich eine Rede gehalten, in der er die Stärke der französischen und der deutschen Flotte verglich, und im deutschen Reichstag hat der Führer der sozialistischen Partei hervorgehoben, die gewünschte Vermehrung der deutschen Flotte könne nur als Drohung gegen England gedacht werden. Ich bin also berechtigt, bei Beratung der Stärke der britischen Flotte die Lage der deutschen Flotte vor dem Hause zur Sprache zu bringen. Die Admiralität ist nicht gerechtfertigt, daß sie das dem Hause jetzt vorliegende keine Schiffsbauprogramm aufgestellt hat.

Im weiteren Verlaufe der Beratung erwiderte der Parlamentssekretär der Admiralität Breyman auf verschiedene Anfragen, in Sachen der Verteilung der Flotte wie des Schiffbaues gelte, daß jedes die Flotte betreffende Problem ein veränderliches Problem sei. Aus dem Umstände, sagt Redner, daß die gegenwärtigen Bedürfnisse eine Verteilung der Flotte erfordern, wie sie jetzt dem Hause vorgeschlagen ist, folgt nicht, daß sich nicht etwa in zwei oder drei Jahren neue Erwägungen einstellen, die die Regierung hindern, den gegenwärtigen Verteilungsplan aufrechtzuerhalten. Der Vorschlag sei nach den Bedürfnissen des gegenwärtigen Budgetjahres aufgestellt, und wenn die Bedürfnisse des nächsten Jahres größere Anstrengungen erfordern sollten, so werde das Land sicherlich die nötigen Geldmittel bereitstellen. Nach weiterer Beratung wurde mit 253 gegen 105 Stimmen der für Befolgung des Marinepersonals geforderte Betrag von 6 800 000 Pfund Sterling bewilligt.

Die Bewegung in Rußland. Petersburg, 14. März. (B. Z. V.) Eine bei Dmitrowsk im Gouvernement Orel gelegene Fingung des Großfürsten Sergius wurde ausgeplündert. Die dort befindlichen industriellen Anlagen wurden niedergebrannt.

Winsk, 14. März. (B. Z. V.) Der Urheber des Aufstandes auf den Polizeigebiet ist verhaftet worden. Er nennt sich Bermann.

Tiflis, 14. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Aus Erklärungen der georgischen Gemeinden geht hervor, daß die Agitation in Gurien nicht die Lotziehung von Rußland zum Ziel hat; die Gurier erklären sich im Gegenteil mit den Fortschrittsparteien in Rußland solidarisch. Die Gurier fordern die Erlaubnis, den Militärdienst in ihren Wohnorten leisten zu dürfen.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz. London, 14. März. (B. Z. V.) Der Berichterstatter des „Reuterschen Bureau“ im Hauptquartier des Generals Kuroki berichtet unterm 13. d. Mts.: Der größere Teil der Russen hat, wie man annimmt, Tieling erreicht. Ihre Nachhut hatte mit den vorrückenden Japanern zahlreiche Zusammenstöße. Wenn die Russen die Absicht haben, sich nach Charbin zurückzuziehen, so müssen sie ihre Vorräte von Tieling weitergeschafft haben, denn zwischen Tieling und Charbin verfügen sie über keine Vorräte.

Indischer (Central-Asien), 14. März. (B. Z. V.) Heute nachmittag um 1/4 Uhr wurde hier ein wellenartiges Erdbeben verspürt.



Reichstag.

163. Sitzung vom Dienstag, den 14. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung: Graf Pofadowsky.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Dr. Becker (natl.): In der Sitzung vom 10. März hat der Abg. Scheidemann gegen mich eine Reihe der schwersten Vorwürfe erhoben, die wenn sie wahr wären, mich in der öffentlichen Achtung schwer herabsetzen würden. Infolge des traurigen Geschicks, welches mich betroffen hat, konnte ich nicht im Hause anwesend sein. Für heute erkläre ich kurz, daß auf Grund des sich in meinen Händen befindenden amtlichen, von der Kreisbehörde und von der großherzoglichen Bürgermeisterei beglaubigten Materials die Behauptungen des Herrn Scheidemann, soweit sie mich betreffen, in allen Einzelheiten objektiv unwarhaft sind. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Ich behalte mir vor, in der dritten Lesung darauf zurückzukommen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Auf ihr steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats zum Reichsamt des Innern, und zwar zunächst die Beratung von Kapitel 13 (Patentamt).

Abg. Dr. Vöttinger (natl.): Unsere gewerblichen Rechtsschutzgesetze, das Gebrauchsmusterrecht-Gesetz und das Warenzeichen-Gesetz, sind seit langem Gegenstand der Kritik. Industrielle Körperschaften, Vereine zum Schutze des gewerblichen Eigentums, der Handelstag, Patentanwälte, Juristen haben in Resolutionen ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu erkennen gegeben. Deshalb beantragt meine Partei, eine Reform dieser drei Gesetze nach vorheriger Anhörung von Sachverständigen in die Wege zu leiten. Die Hauptbeschwerden richten sich gegen das Vorprüfverfahren. In Wahrheit hängt das Schicksal des Erfinders bei der Patentabteilung heute nicht von der Beschlußfassung der Anmelde-Abteilung, sondern von der Entscheidung des Vorprüfers ab, hauptsächlich deshalb, weil entgegen der Absicht des Gesetzgebers, der Vorprüfer an der endgültigen Beschlußfassung mitwirkt. Die immer größere Zahl von Abweisungen von Patentanmeldungen, die die Folge dieses Zustandes ist, hat im Publikum eine große Verunsicherung hervorgerufen. Auch über die Unbilligkeit des Verfahrens wird viel geklagt. Es dauert drei bis vier Jahre, bis der Patentmelder sein Patent erhält, während seine Schutzdauer nur 15 Jahre währt. In seinem zweifelhaften Trost erhält er Zwischenverfügungen, in Patentstreitigkeiten acht, bei Gebrauchsmusterstreitigkeiten mehr als drei und bei Warenzeichenstreitigkeiten sieben. Verurteilungen werden bis zur Unverständlichkeit durchgeführt: Statt „Eigentum“ wird „Substanz“, statt „Zentrifugalpumpe“ „Kreiselpumpe“, statt „indifferentes Gas“ „gleichgültiges Gas“ gesetzt. (Weiterkeit.) Die Unbilligkeit des Verfahrens ist durch aus kein Beweis für seine Grundlosigkeit. Die Anmelde-Abteilung erledigt in einer Vormittags-Sitzung mehr als 50 Gesuche. Darunter muß die Geduld der Prüfung leiden. Trotz der Beamtenvermehrung wird die Arbeit mit jedem Jahre schwerfälliger. Die eigentliche Arbeit ist heute fast ausschließlich den technischen Hilfsarbeitern zugewiesen. Dabei sind diese Beamten schlecht besoldet und verlangen mit Recht dringend nach einer Aufbesserung und günstigeren Avancementverhältnissen. Die Patente sind bei uns viel teurer und haben eine viel kürzere Schutzfrist als meistens im Ausland. Es wäre wünschenswert, wenigstens für die schwer realisierbaren Patente, die Schutzdauer zu verlängern. Wir hoffen, daß der Reichstag und die Regierung unserem Antrage freudig zustimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. Paul-Oberbarnum (Rp.): Ich werde einige Gründe darlegen, wegen deren meine politischen Freunde gegen den Antrag Vöttinger stimmen werden. Erstens ist uns keine Beschwerde aus Industriekreisen bekannt. Nur die knappe Hälfte der deutschen Patentanwälte, nämlich diejenigen, die in dem „Verbande“ sind, haben Beschwerden in Form einer Denkschrift an uns geschickt. Diesen Verband können wir aber nicht als Vertreter von Industrie und Handel ansehen. Zweitens sind die Beschwerdepunkte dieser Patentanwälte nicht stichhaltig: Die Verzögerung wird meist durch die selbst herbeigerufenen, weil sie z. B. falsch übersezt oder sonst Fehler gemacht haben. Technisch steht es mit den anderen Beschwerden. Es werden doch nicht nur „Maritäten“ patentiert, wie die Herren Anwälte behaupten. Wir sehen also keinen Grund, das Patentgesetz zu ändern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.): Mit großer Beugung hat es die deutsche chemische Industrie aufgenommen, daß in dem neuen Handelsvertrag mit der Schweiz die internationalen Grundzüge über das Patentwesen zur Geltung gekommen sind. (Hört! hört! rechts.) Die Schweiz und Deutschland haben das gleiche Interesse an dieser Aenderung. (Sehr richtig! links.) Die Resolution Vöttinger scheint uns etwas inhaltlos. Wir verlangen schon den besseren Schutz des photographischen Urheberrechts und verschiedener anderer Urheberrechte. Diese Forderungen sind spruchreif. Nun fordert Abg. Vöttinger eine Aenderung des allgemeinen gewerblichen Urheberrechts. Die Beschwerden über die Urheberrechte sind ja berechtigt. Formales Recht wird direkt zu materiellem Unrecht. Ein Musterzeichen, welches zu schätzen dem einen verlag blieb, wurde dem andern geschickt. Die Klagen gegen das Patentamt kommen zum Teil aus den Kreisen der technischen Beamten selbst. Ich weiß recht wohl, welche gewaltige Aufgabe das Patentamt hat, aber ich spreche den Wunsch aus, daß der Kontakt mit dem technischen, praktischen Leben immer enger werde. Auch der Kommandotone auf dem Amt wird hoffentlich aufhören. (Beifall links.)

Abg. Koerer (Z.): Die Unzufriedenheit der Herren Patentanwälte, die aus der Denkschrift hervorgeht, erklärt sich wohl daraus, daß das Patentgesetz noch ziemlich neu ist und die Herren von vornherein zu große Erwartungen an das Gesetz geknüpft haben, in denen sie sich nun getäuscht sehen. Der Antrag der Nationalliberalen besagt in der Tat gar nichts, man kann für und gegen ihn stimmen. Wenn die Herren Nationalliberalen so großen Wert auf Erhebungen legen, will ich ja für sie stimmen, im anderen Falle stimme ich dagegen. (Weiterkeit.)

Abg. Dr. Pothhoff (fr. Sp.): Die Resolution Dr. Vöttinger ist auch uns zu allgemein; auch halten wir den Zeitpunkt für eine Revision der Patentgesetzgebung noch nicht für gekommen. Würde eine solche erfolgen, so wäre das Wichtigste ein Schutz der Angestellten, die Erfindungen machen, also der Techniker, Ingenieure, Werkmeister, Chemiker. Alle Erfindungen dieser Angestellten gehören nach der jetzigen Gesetzgebung dem Arbeitgeber und gewöhnlich haben die Angestellten nicht den geringsten materiellen Nutzen davon. Daß eine Aenderung dieses Zustandes durch die Patentgesetzgebung möglich ist, beweist das Beispiel Amerikas. Es liegt im Interesse des technischen Fortschrittes unserer Industrie, wenn den billigen Ansprüchen der Angestellten, die Erfindungen machen, Rechnung getragen wird. — Redner wünscht Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Diätäre im Patentamt.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Herr Koerer hat es mit der großen Liebenswürdigkeit, die ihn stets auszeichnet, den Nationalliberalen überlassen, wie er und seine Freunde sich zu unserer Resolution stellen sollen und da möchte ich ihn bitten, dafür zu stimmen. (Weiterkeit.) Die allgemeine Forderung der Resolution ist gerade ihr Vorzug. (Lachen im Zentrum.) Es sind mit Absicht keine bestimmten Forderungen genannt, aber die Reformbedürftigkeit des Patentgesetzes ist doch anerkannt. Die technischen Beamten haben wirklich Grund zu klagen, sowohl über die Gehälter als über die mangelhaften Anstellungen. Der Ratstitel sollte den bejahrten „Hilfsarbeitern“ nicht vorenthalten

werden. Man könnte etwa „Gewerberat“ sagen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Patentrat“). Meinem Vorschlag schlagen Sie (zu den Sozialdemokraten) diesen Titel vor, vielleicht haben Sie mehr Einfluß bei der Regierung, als wir. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Staatssekretär Graf Pofadowsky: Ich muß mich verlegen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Der Stand der Patentämter gab früher zu ersten Bedenken Anlaß. Da wurde von mir aus ein Gesetz ausgearbeitet, welches sich mit ihrer Vorbildung beschäftigt. Ich hatte dabei das Ziel, aus dem Stande etwas Ähnliches wie den Rechtsanwaltsstand herauszubilden. Es war meine Idee, nur solche Männer hineinzulassen, die auch wirklich die technische Vorbildung und das nötige Maß sittlicher Charakterbildung besitzen, um den Verkehr des Publikums mit dem Amt zu vermitteln. Ich hatte damals die Hoffnung, daß nunmehr Frieden eintreten würde. Ich muß aber zu meinem Bedauern sagen, daß in den Stand der Patentämter ein Geist der Unruhe eingeblasen ist, daß ein Maß von Beschwerden um sich greift, welches den Verkehr der Behörden mit ihnen in keiner Weise fördern kann. Ich treue mich darüber, daß sich in dem Patentanwaltsstand ein gewisser Geist der Kollegialität und der Standesehre ausgebildet. Wenn sie aber eine ähnliche Stellung anstreben, wie sie die Rechtsanwälte haben, so müssen sie sich sagen, daß sie sich gegenüber den Behörden in einer Form bewegen ähnlich derjenigen, in der sich der Rechtsanwaltsstand gegenüber den Behörden zu bewegen pflegt. Daran fehlt es aber in wesentlichen Punkten.

Wenn darüber geklagt wird, daß der Prozentsatz der zurückgewiesenen Patente zu groß ist, so muß ich darauf erwidern: Wie bei einem bürgerlichen Rechtsstreit, stehen sich auch hier zwei Parteien gegenüber, nämlich auf der einen Seite die gesamte Industrie, die Behörden und das Publikum, auf der anderen Seite die Patentämter. Ich glaube, daß dieses Haus doch sehr überrascht sein würde, wenn sich der Stand der Rechtsanwälte darüber beschwerten würde, daß so viele Prozesse verloren gehen, und sich deshalb über die Gerichtsbehörden beklagen würde. (Weiterkeit.) Das Patentamt ist aber auch eine rechtsprechende Behörde. — Den Wünschen, die Beamten am Patentamt sollten mehr aus den Kreisen der Industrie genommen werden, erwidere ich, daß ich das ebenfalls gern möchte. (Weiterkeit.) Es steht dem jedoch ein kleines Hindernis entgegen: Das Reichs-Schuyamt würde mir sicher nicht die Gelder gewähren, um solche Gehälter zu bezahlen, wie sie hervorragende tüchtige Kräfte aus der Industrie beanspruchen würden. Ich bin von jeder der Ansicht gewesen, daß im Patentamt die Techniker eine größere Rolle spielen müssen. Deshalb ist die Zahl der technischen Beamten auch in den leitenden Stellen fortgesetzt vermehrt worden. Auf diesem Wege werden wir fortfahren. Ich gebe zu, daß die Stellung der Hilfsarbeiter meist abschließend ist und würde mich sehr freuen, wenn es mir gelänge, ihre Gehälter zu verbessern. — Wegen der Herabsetzung der Patentgebühren spricht kein fiskalisches Interesse. Aber im Interesse der Allgemeinheit und der Industrie scheint es mir wertvoll, Patente, die sich nicht mehr rentieren, der Allgemeinheit zur Ausbeutung wieder zurückzustellen. Zurückgezahlt können die Gebühren nur werden, wenn die Sache von den Behörden ohne Mißbrauch der Beteiligten fallig bestellt worden ist. Das entspricht den Grundgedanken des § 6 des Gerichtslosengesetzes. Von einer Aenderung des Patentgesetzes kann ich nur bringen abraten. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, eine internationale Union zum Rechtsschutz auf dem Gebiete der Erfindungen und des Patentwesens herbeizuführen. Diese Union ist erst seit kurzem von allen Beteiligten anerkannt worden. Sollten wir das Patentgesetz ändern, so müßten wir sofort eine Aenderung dieses Unionsvertrages herbeizuführen suchen. Dieser bietet aber unserer Industrie so große Vorteile, auch in der internationalen Verwendung von Patenten, daß die Industrie wenig geneigt wird, die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Union in Frage zu stellen. Die erhobenen Beschwerden richten sich auch weniger gegen die Bestimmungen des Patentgesetzes als gegen ihre angeblich unrichtige Handhabung. Ich halte den größten Teil der Beschwerden für sachlich ungerichtet. (Bravo! rechts.)

Abg. Ehrhart (Soz.): Niemand hat bestritten, daß eine Menge von Unzufriedenheiten gegen das Patentgesetz vorhanden ist. Da ist es bedauerlich, daß diejenigen, welche früher sehr energisch nach seinen Reformen verlangt haben, jetzt kaum geworden sind. Den Grund zu dieser Wandlung liegen ihre Reden nicht erkennen. Um auch den Abg. Pauli von der Notwendigkeit einer Reform des Patentgesetzes zu überzeugen, wird man wohl einen Zentner Beschwerden auf den Tisch des Hauses niederlegen müssen. Man hat hier in einem sehr abfälligen Ton über die Petition der Patentanwälte gesprochen. Aber die darin aufgedeckten Mängel zu verteidigen, hat niemand versucht.

Der Zweck des Gesetzes ist doch, das Gewerbe zu fördern, in der Denkschrift aber wird nachgewiesen, daß das ganze Patentverfahren außerordentlich bürokratisch ist. Es wird behauptet, daß man die Interpretationen, wie sie seinerzeit gegeben sind, in ihr Gegenteil verkehrt hat. Kamentlich sind die Arbeiter, welche Erfindungen machen, durch die jetzige Praxis entschieden benachteiligt. Die großen Erfindungen des Patentamtes werden zum geringsten Teile von denen aufgebracht, die den wirklichen Nutzen von den Patenten haben. — Der größte Wucher wird mit den Medikamenten getrieben. Einige wenige Kapitalisten besitzen das ganze Volk aus. Es werden auf diesem Gebiete Erfindungen gemacht, die man den Arbeitern einfach nicht verabreichen kann, weil sie zu teuer sind. Wenn die Regierung ernstlich alle die Stimmen prüft, die sich gegen die heutige Praxis wenden, so wird sie Anlaß genug zu einer Reform des Patentgesetzes finden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Held (natl.): Besonders groß sind die Mängel auf dem Gebiete der Arzneimittelverschreibung. Viele Mittel wie Aspirin u. a. sind viel teurer, wenn sie unter der Wortmarke verschrieben werden als wenn sie der Arzt unter dem wissenschaftlichen Namen verschreibt. Neuerdings sind daher die Ärzte angewiesen, nur noch unter dem wissenschaftlichen Namen zu verschreiben. (Redner legt verschiedene Präparate vor, bei denen die Worte „gefällig geschickt“ zur Irreführung des Publikums angebracht sind.) In unzähligen Fällen ist nur das Wort, der Name geschickt, nicht das Mittel. Ebenso kommt es vor, daß nur das Bild auf dem Plakat geschickt ist, daß sich also der Fabrikant seine schöne Physiognomie schätzen läßt. (Weiterkeit.) Das Publikum glaubt aber immer, daß die Präparate von der Regierung geprüft sind, oder womöglich, daß die Regierung die Heilkraft des Präparates verbürge. Gerade das ärmere Publikum läuft diese Scheinmittel. Das alles ist ein Grund mehr, für unsere Resolution zu stimmen: Das Markenrechtgesetz muß geändert werden. Speziell muß der Markenschutz für Worte, welche als Bezeichnung für Arzneimittel dienen sollen, aufgehoben werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Koerer (Z.): Ich habe nicht für meine Partei, sondern nur für meine Person erklärt, daß ich für die nationalliberale Resolution eventuell stimmen würde, wenn es die Herren sehr gern wünschen. (Weiterkeit.)

Hierauf wird die Resolution Vöttinger (natl.) mit den Stimmen der gesamten Linken und des größten Teils des Zentrums (Weiterkeit) angenommen.

Der Rest des Kapitels wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt Kapitel 13a (Reichs-Versicherungsamts).

Abg. Erzberger (Z.): 122 000 Personen sind im Reichs-Versicherungsamts angezählt, aber es ist nicht dafür gesorgt, daß eine genügende Anzahl katholischer Personen sich unter ihnen befindet. Der Staatssekretär hat erklärt, er müsse dies den einzelnen Behörden überlassen. Ich kann nur konstatieren, daß diese einzelnen Behörden

dann nicht den Grad von Takt haben, welchen der Staatssekretär bei ihnen voraussetzt. (Weiterkeit im Zentrum.) Ein zweiter Schwerpunkt sind die Provinzen Posen und Schlesien. Die katholischen Versicherten klagen dort darüber, daß sie in Heilanstalten untergebracht werden, die ganz und gar keinen katholischen Charakter tragen. Nicht weniger als 11 Millionen Mark sind im Jahre 1903 für Heilstättenbehandlung ausgegeben worden. Wie unrecht ist es, die katholischen Anstalten dabei nicht genügend zu berücksichtigen. Ferner klagen die Krankenspiege-Orden, daß sie nicht die genügende Freiheit haben. Dabei fehlt es auf dem platten Lande vielfach an dem nötigen Krankenpflege-Personal. Vielmals möchte ich den Wunsch ausdrücken, daß sich regelmäßig an die Heilstättenbehandlung ein Aufenthalt in Fürsorge-Anstalten anschließen möchte. Nur hier in Berlin besteht jetzt eine solche Fürsorge-Anstalt, welche zum Teil von der Armenpflege, zum Teil von den Versicherungsanstalten unterhalten wird. Auch für die anderen Gebiete sollte das eingeführt werden. Ich für meine Person spreche außerdem noch den Wunsch aus, daß die Angehörigen für Kranke, welche eine Wohnung verlassen, verschärft und verallgemeinert werde. Denn die Gefunden, welche in die Wohnung einziehen, müssen vor Ansteckung geschützt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schicker (L.) bittet um Abänderung der Bestimmungen über die Ausbringung der Beiträge für die See-Unfallversicherung durch die kleinen Schiffe, der See- und Küstenschiffahrt. Der heutige Maßstab ist ein ganz verkehrter, weil der ortsübliche Tagelohn und die Dauer der Beschäftigung nicht dabei berücksichtigt ist.

Staatssekretär Graf Pofadowsky erwidert, daß dem Bundesrat ein Antrag in dieser Richtung vorliege und die Frage weiter geprüft werden solle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Im Namen meines Kollegen Scheidemann erkläre ich zunächst, daß er auf die angekündigte Rede des Dr. Becker diesem die Antwort nicht schuldig bleiben wird. — Es ist in der letzten Zeit seitens der Berufsgenossenschaften vielfach der Glaube verbreitet worden, daß die Rentenansprüche der Arbeiter aus der alten Idee, aus einer übertriebenen Sucht nach der Rente herborge. Auch Graf Pofadowsky hat sich dieser Anschauung nicht verschlossen. Ich kann mir keine neulichen Ausführungen über die zunehmende Hysterie der Männer und seine ganze Auffassung, die ich sehr lebhaft bedauere, nur so erklären, daß der Staatssekretär unausgesetzt den lebhaft übertriebenen einseitigen Darstellungen der Berufsgenossenschaften zugänglich ist, und daß andererseits unserer maßgebenden Regierungsfreien jede Fühlung mit der Arbeiterfrage fehlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Graf Pofadowsky sollte einmal die Vertreter der Arbeiter beim Reichsversicherungsamt fragen, dann würde er wohl ein ganz anderes Urteil über diese Fragen zu hören bekommen. Im Zentralorgan des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften wird den Ortsbehörden vorgeworfen, daß sie der Rentenstadt Vorwurf leisteten, um die Ortsarmenliste zu entlasten. Der sei in das sozialpolitische Dogma unheilbar verannt, der nicht erkenne, daß unsere Nation in Gefahr stehe, eine Nation von Rentenempfängern und Invaliden zu werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich sehe die Zeichen so tiefen moralischen Verfalls unseres Volkes nicht. Aber wenn die Berufsgenossenschaften in dieser Weise die Behörden und die Kräfte angreifen, was soll man dann noch von ihren Angriffen auf die Arbeiter halten? Der ganze Verdacht gegen die Arbeiterklasse ist nur dadurch entstanden, daß die heutige ärztliche Wissenschaft in vielen Fällen selbst kein klares Urteil darüber hat, inwieweit eine Erkrankung nach einem Unfall mit diesem Unfall ursächlich zusammenhängt. Wer will es einem Arbeiter, der nach dem Unfall seine Arbeitskraft immer mehr verliert, verdienen, daß er den Unfall für die Ursache seiner Krankheit ansieht und versucht, eine Rente zu erlangen? Das ist keine krankhafte Sucht, sondern ein durchaus gesundem Streben, und es ist nur bedauerlich, daß Tausende von Arbeitern mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden müssen, weil die Anforderungen an den Nachweis eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Unfall und Arbeitsunfähigkeit heute viel zu hoch sind. Dafür ein Beispiel: Einem Arbeiter, der einen Schlag auf den Kopf bekommen hatte, erklärten alle ärztlichen Gutachter, daß sie einen Zusammenhang seines Nervenleidens mit dem Unfälle nicht konstatieren könnten. In seiner Angst — die Berufsgenossenschaft würde sagen krankhaften Sucht — um die Rente unterzog sich der Mann einer schweren Operation, die nur den Zweck hatte, durch Öffnung des Schädels die Verletzung des Nervensystems durch den Schlag festzustellen. In der Tat stellte sich die Annahme des Arbeiters als berechtigt heraus, der ursächliche Zusammenhang war vorhanden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Jede gute Sache wird einmal mißbraucht, auch das Versicherungsamt; das kongediere ich dem Herrn Staatssekretär sehr gern. Aber man sollte doch solche Fälle nicht verallgemeinern. Den Arzt, auf den sich der Staatssekretär neulich berief, lenne ich sehr wohl aus vielen seiner Gutachten. Er ist sozialpolitisch und auch in seinem Fache ein sehr rückständiger Mann. Dem die größten Autoritäten auf dem Gebiete der Nervenheilkunde haben betont, daß schwere Nervenleiden sehr wohl im ursächlichen Zusammenhang stehen können mit Unfällen. Ich will nur auf zwei Fälle hinweisen: In dem einen hing ein Arbeiter 1/2 Stunde lang 80 Meter hoch zwischen Himmel und Erde. Glauben Sie nicht, daß durch einen solchen Zustand ein schwerer Nervenhol entstehen kann? In dem anderen Falle wurde ein Arbeiter drei bis viermal um eine Transmissionswelle herumgeschleudert. Ist es nicht geradezu fribol, wenn Ärzte in solchen Fällen behaupten, ein Nervenleiden stände ohne Zusammenhang mit dem Unfall? Ein Arzt in einem Bremer Krankenhaus erklärte, daß die Verletzten nach dem Unfall meist nicht so lebten, wie es notwendig wäre, um ein Nervenleiden zu vermeiden. Das ist kein Wunder, wenn sich die Verletzten wieder anstrengen müssen im Kampf ums Dasein, da ist von Sucht nach einer Rente keine Rede. Was nun die Invaliditätsrente anbetrifft, so ist diese so wichtig, daß von einer Sucht danach überhaupt nicht die Rede sein kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn immer wieder, auch vom Herrn Staatssekretär, behauptet wird, es kämen doch so unendlich viel Ansprüche auf die Invaliditätsrente, so möchte ich auf folgendes hinweisen. Die Berufsunfähigkeit wird nach dem geltenden Recht nicht anerkannt. Aber Sie müssen es doch verstehen, daß ein Arbeiter, der auf die Hälfte seiner Erwerbsfähigkeit herabgesetzt ist und keine Stellung findet, sich sagt: ja, ich bin doch eigentlich invalid. Da kommt dann die Behörde und weist auf die dem Arbeiter so schwer verständlichen Gesetzesparagrafen hin. Der Arbeiter beruft sich demgegenüber auf sein Gefühl für Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner müssen Sie bedenken, daß es einem Qualitätsarbeiter ungewohnt schwer fällt, zu einer unqualifizierten Arbeit herabzusinken. Er empfindet das als eine Degradation. Das alles müssen Sie berücksichtigen, und deshalb hielt ich mich für verpflichtet, diese allgemeine Behauptung zurückzuweisen. — Zu verflagen ist weiter, daß die Regierung in so wenig enger Beziehung zu den Versicherten steht, während ihre Beziehungen zu den Berufs-genossenschaften weit enger sind. Auf dem letzten Berufs-genossenschaftstage waren Vertreter des Reichs-Versicherungsamtes und der preussischen Regierung anwesend. Es wurde da Klage darüber erhoben von Seiten der Berufs-genossenschaften, daß sie nicht mehr die Schiedsgerichte unter ihrer besonderen Verwaltung hätten. Insbesondere deshalb, weil nicht mehr nur Berufsangehörige über die einzelnen Fälle zu urteilen hätten. Darauf erklärte der Vertreter der preussischen Regierung, Regierungsrat Dr. Hofmann, das sei allerdings ein Uebelstand,







Wünschen Rechnung zu tragen, weil eben die Abgeordneten selbst in ihren Wahlkreisen tätig beschäftigt waren. Die Wahlen selbst haben in den angeschlossenen Wahlkreisen erfreuliche Fortschritte der Partei gezeigt, so daß die sozialdemokratische Partei die zweitstärkste in der Provinz geworden ist und nur mit 7000 Stimmen hinter den Nationalliberalen zurücksteht. Wir erhielten 130 000 Stimmen. Trotzdem ist es nicht gelungen, zu dem sicheren Wahlkreis der Stadt Hannover noch einen hinzu zu erobern. Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen hatte besonders für den Wahlkreis Linden-Stadt und Land bedeutende Erfolge gebracht. Der Rassenbericht schließt mit einem Bestande von 888,58 ab. In der Besprechung des Berichtes, dem ein Referat von Evers-Hildesheim vorausging über das Thema: „Wie agitieren wir?“, wurden besonders die reaktionären Heldentaten der sich demokratisch gebärdenden Welsen ins rechte Licht gestellt und am Schluß folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Welsen immer deutlicher ihren wahren ultramontan-konserverativen reaktionären Charakter offenbart haben, spricht der Provinzial-Parteitag die Ueberzeugung aus, daß nicht der geringste Anlaß für die Sozialdemokratie vorliegt, sich irgendwie für die Welsen zu engagieren. Welsen und Nationalliberale wie alle übrigen Parteien sind gleiche Uebel, woraus für die Sozialdemokratie der Provinz Hannover folgt, daß sie lediglich nach Erfolgen aus eigener Kraft zu streben hat.“

Der Agitationskommission wurde anheimgegeben, zu erwägen, ob es angezeigt ist, eine von einem Reichstags-Abgeordneten auszuführende Agitationstour alljährlich zu veranstalten.

Der wichtigste Beratungsgegenstand war der vom Agitationskomitee ausgearbeitete und vom Genossen Drey erläuterte Entwurf eines Statuts für die Landesorganisation. Das nach eingehender Debatte angenommene Statut besagt im wesentlichen folgendes:

Die Parteigenossen im 4., 5., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14. und 15. Wahlkreise der Provinz Hannover bilden eine einheitliche Organisation mit dem Sitz in der Stadt Hannover. In jedem Wahlkreise darf ein Wahlverein bestehen, dem einheitliche Statuten, Mitgliedsbücher und Beitragsmarken vom Vorstand der Provinzialorganisation unentgeltlich geliefert werden. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der Monatsbeitrag mindestens 20 Pf., wovon 5 Pf. und von den Nebeneinnahmen 10 Proz. an die Landesorganisation abzuliefern sind. Das Eintrittsgeld ist im vollen Betrage abzuliefern. Alle zwei Jahre hat eine Landesversammlung stattzufinden, zu welcher die Wahlvereine je bis zu fünf Delegierte entsenden können. Auf 100 Mitglieder kommen zwei und auf jedes weitere Hundert ein weiterer Delegierter. Der Vorstand besteht aus 9 Personen, von denen der Vorsitzende und Kassierer auf der Landeskonferenz, 3 Beisitzer aus den Wahlkreisen Hildesheim, Hameln, Celle und die übrigen in der Stadt Hannover zu wählen sind. Die Abschirmungen haben halbjährlich zu erfolgen und jedes Jahr hat der Vorstand einen Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen. Als Vorsitzender des Vorstandes ist Genosse Meißner, als Kassierer Genosse Dörnte gewählt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf „Unsere Presse“. Hierbei sprach Genosse Lohrberg. Nach seinem Bericht hat der „Volkswille“ sich sowohl finanziell als auch bezüglich der Auflage außerordentlich gut entwickelt. Vor zehn Jahren war die Auflage 4000 Exemplare und sie beträgt jetzt etwa 14 000 und nimmt täglich zu. Die Finanzverhältnisse haben sich so gebessert, daß beschlossen ist, den „Volkswillen“ in eigener Regie herzustellen und vom 1. April 1906 ab achteilig erscheinen zu lassen. Die neue Firma „Meißner u. Co.“ ist bereits in das Handelsregister eingetragen und hat ein in zentraler Lage gelegenes Grundstück erworben. Vom 1. Oktober ab werden die erforderlichen Umbauten und Einrichtungen hergestellt. Diese Mittelungen wurden mit großer Befriedigung aufgenommen, sie legen Zeugnis ab von der erfreulichen Weiterentwicklung der hannoverschen Parteiverhältnisse. Alljährlich wird für die Landbevölkerung ein Agitationskalender herausgegeben, der nach den gefassten Beschlüssen noch inhaltlich erweitert werden soll.

Hierauf referierte Genosse Leiner über: „Das kommunale Wahlrecht für die Provinz Hannover“. Der Redner erörterte die Schwierigkeiten, die der Partei nach den geltenden Gesetzen bereitet sind, und empfahl die Annahme dieser Resolution: Der Provinzialparteitag fordert die Parteigenossen in allen Gemeinden auf, den kommunalen Angelegenheiten erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und überall sich an den Wahlen zu den Gemeindevertretungen zu beteiligen. Demgemäß wurde beschloffen.

### Die Partei in der oberen Rheinprovinz.

Das Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz veröffentlicht seinen Jahresbericht. Dem Bezirk gehören jetzt 19 Reichstags-Wahlkreise und das oberrheinische Fürstentum Birkenfeld an. Der Bericht macht auf die lebhafteste Agitationsarbeit der Ultramontanen aufmerksam und schildert dann den Stand unserer Organisation wie folgt:

Der Bildung der vom Parteitag empfohlenen Kreisvereine stehen in diesen Wahlkreisen noch große Schwierigkeiten entgegen. Wo es an den Genossen fehlt, die den Verein bilden sollen, vermögen auch noch so schöne Beschlüsse nichts anzukündigen. Immerhin hat sich die Organisation erheblich gebessert. Sozialdemokratische Vereine bestehen jetzt in zehn Kreisen; darunter sind acht Kreisvereine, während sich zwei auf einen einzelnen Ort beschränken. In Bonn-Rheinbach, in Koblenz-St. Goar und in Kreuznach-Simmern ist der Kreisverein neu gegründet worden. Wo eine solche Gründung nicht möglich war, hat man sich mit Lokalvereinen begnügt. In einigen anderen Wahlkreisen mußte man damit zufrieden sein, die Parteigenossen unter dem Vertrauensmännerystem an regelmäßige Beitragszahlung zu gewöhnen, und dann bleiben immer noch etliche Kreise übrig (Damm-Prüm-Vitburg, Wernau-Kochem-Zell, Heimbach-Geilenkirchen), die nicht eine Spur von Organisation aufweisen. Das Agitationskomitee muß schon froh sein, in diesen Kreisen nur einige Adressen zu haben. Nicht zu unterschätzen ist, daß eine Anzahl Vereine mit frischem Leben erfüllt worden ist. Die Zahl der organisierten Genossen beträgt 3200. Die sozialdemokratischen Organisationen des Bezirks hielten im Berichtsjahre insgesamt 218 Mitgliederversammlungen ab. Es fanden weiter 19 Kreiskonferenzen statt, sowie 59 andere Versprechungen. Einen wichtigen Schritt vorwärts haben die Kreise Köln-Stadt und Köln-Land mit ihrer am 1. Januar vollzogenen Verschmelzung getan. Die Vereinigung hat ihnen zugleich die Anstellung eines besoldeten Sekretärs ermöglicht, eine Maßnahme, die ungewissheit für die Bewegung sehr günstige Folgen haben wird. Der Rülheimer Parteitag hat das neue Agitationskomitee beauftragt, ein Organisationsstatut zu entwerfen und so zeitig in der Presse zu veröffentlichen, daß es die Parteigenossen ausgiebig besprechen können. Die Veröffentlichung des inzwischen ausgearbeiteten Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die Einnahmen der Parteioorganisationen (Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgeld) betragen 11 644,48 M.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Selbert am 10. November 1903 waren in der dritten Abteilung die sozialdemokratischen Kandidaten unterlegen. Genosse Müller fordert die Giltigkeit der Wahlen im Verwaltungsstreitverfahren an und macht unter anderem geltend, daß der Stadtverordnetenrat, wo die Wahlen stattfanden, zu klein gewesen sei, um bei etwa 1600 eingeschriebenen Wählern und einer vorgezeichneten Dauer von nur 5 Stunden eine ordnungsmäßige Wahl zu ermöglichen. Es sei ein großes Gedränge gewesen, viele Wähler, besonders Arbeiter, hätten aus Zeitmangel und auch wegen des Drängelns und der gesundheitsgefährlichen Luft wieder weggehen müssen, ohne zu wählen.

Der Bezirksausschuß erklärte die Wahlen für ungültig, indem er ausführte: Der Bürgermeister als Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung habe in seiner Klagebeantwortung selber zugegeben, daß eine große Anzahl von Wahlberechtigten nicht in das Wahllokal gelangen konnten, um ihr Wahlrecht auszuüben, weil das Lokal und die Zugänge von Sozialdemokraten versperrt waren. Diese Sperrung von Wahlberechtigten zu hindern, sei aber Sache des Wahlleiters gewesen, dem die ordnungsmäßige Abwicklung des Wahl-

geschäftes oblag. Dazu hätte er mit Rücksicht auf die Kleinheit des Wahllokals, die große Zahl der eingeschriebenen Wähler und die Festsetzung von nur 5 Wahlstunden ganz besonderen Ansaß gehabt. Innerhalb wäre, ob bei ordnungsmäßiger Wahl die Sozialdemokraten oder die Gewählten den Vorteil gehabt hätten. Jedenfalls liege eine erhebliche Unregelmäßigkeit vor, die zur Ungültigkeit der Wahlen führen müsse.

Das Ober-Verwaltungsgericht, vor dem Genosse Müller persönlich erschienen war, änderte am 14. März die Vorentscheidung ab und erklärte die Wahlen für gültig. Aus dem vorliegenden Material entnahm das Gericht, daß zwar Unbequemlichkeiten nachgewiesen seien, es aber keinem der bis 2 Uhr nachmittags (dem Schlußtermin) erschienenen Wähler unmöglich gewesen wäre, seine Stimme abzugeben. Die Erklärungen des Bürgermeisters in der Klagebeantwortung seien vom Bezirksausschuß falsch aufgefaßt worden; der Bürgermeister habe tatsächlich nur solche vorübergehende Unbequemlichkeiten gemeint. Das Lokal, der Sitzungsaal der Stadtverordneten, sei mit 67 Quadratmeter auch groß genug gewesen. Unbequemlichkeiten mühten sich die Wähler gefallen lassen. Jegende eine Beeinflussung des Wahlergebnisses sei nicht festgestellt.

— Wegen Beleidigung zweier Arbeitswilligen wurde der verantwortliche Redakteur des Hoyer Parteiblattes, Genosse Gohler, zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die tatsächlichen Behauptungen seines Artikels wurden erwiesen. Die Verurteilung erfolgte wegen der beleidigenden Form.

## Soziales.

### Ein neuer Kassenwunder.

Der Königsberger „Volkzeitung“ ist das Statut einer neuen Kassengründung vorgelegt worden, die wieder einmal auf die Dummheit spekuliert. Das neue Unternehmen nennt sich stolz „Deutscher Verein für Unterstüfung bei Stellen- und Arbeitslosigkeit zu Dresden“. Jeder kann Mitglied werden. Der Beitrag beträgt monatlich mindestens 1 M., bei der Aufnahme sind außerdem 2,50 M. zu bezahlen. Zweck des Vereins soll die Unterstüfung arbeitsloser Mitglieder sein. Der wahre Zweck aber ist offenbar nur die Unterstüfung der anscheinend erwerbslosen Gründer durch die Dummheit, die ihnen auf den Leim gehen.

Im Statut heißt es:

„Die Höhe der Unterstüfung bestimmt der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsrat unter gewissenhafter Berücksichtigung der für jeden einzelnen Fall in Betracht kommenden Verhältnisse und der vorhandenen Mittel.“

„Die Dauer der Unterstüfung bestimmt der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsrat unter Berücksichtigung der für den Unterstüfungsfall in Betracht kommenden Verhältnisse und der vorhandenen Mittel. Die Unterstüfungsdauer soll jedoch höchstens 26 Wochen betragen.“

Die Mitglieder haben einen rechtlich verfolgbarer Anspruch auf Unterstüfung nicht.“

Die Generalversammlung besteht aus sämtlichen stimmberechtigten Mitgliedern. Sie findet stets in Dresden statt. Vorsitzhabender ist die erste Generalversammlung erst auf 1906 festgelegt. Die Einladung zur Generalversammlung wird einmal in „Dresdener Anzeiger“ und im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Die Generalversammlung ist beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder. Aufsichtsrat und Vorstand bestehen aus drei Personen.

Wir warnen nachdrücklich vor dem Beitritt zu diesem Verein. Die Mitglieder werden von ihren Beiträgen nichts wiedersehen.

Bei den Wahlen zur Generalversammlung der Leipziger Ortsklasse wurde die Liste des Gewerkschaftskomitees ohne Gegenliste und mit ganz vereinzelten Streichungen gewählt. Die Wahlbeteiligung war erheblich stärker als im Jahre 1902.

Ein Arbeiter-Gesetzbuch soll für Frankreich geschaffen werden. Es handelt sich nicht um neue Gesetze, sondern nur um die Zusammenstellung aller auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen usw. Eine Kommission, die mehrere Jahre mit dieser Arbeit beschäftigt war, hat nunmehr einen Kodex zusammengestellt, der in sieben Abteilungen folgende Materien enthält: 1. den Arbeitsvertrag; 2. die Regelung der Arbeit; 3. berufliche Organisationen; 4. gewerbliche Rechtssprechung; 5. Arbeiterversicherung; 6. soziale Fürsorge; 7. Armenpflege.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenagitation.

Eine öffentliche Versammlung, veranstaltet vom Deutschen Verein für Frauenrecht, tagte am 13. März in den Industrie-Gesellschaften, Wehrstraße 20, unter dem Vorsitz der Frau Minna Gauer. Die Teilnehmer gehörten zum größten Teil dem Bürgertum an und das weibliche Geschlecht überwiegt.

Landtags-Abgeordneter Wolgast, der bekannte fortschrittliche Schulmann, referierte über Schulfragen. In ironisch gewürzten Ausführungen stellte er fest, daß das päpstliche Wort: „Preußen in Deutschland voran“, auf dem Gebiete des Schulwesens nicht als bejahender Ausdruck, sondern nur als ein frommer Wunsch Geltung habe. Redner verwirft die Einrichtung des Schulwesens nach dem Grundsatze, daß für sich und seine Kinder Bildung laufen könne, wer da Geld habe. Sein Schulideal sei die fortgeschrittene Einheitschule, die Einrichtung, wo die Kinder von unten herauf bis zum Abiturium auf Staatskosten eine Schule durchlaufen. Diesem Ideale müßte man zustreben, allerdings unter praktischer Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse. Schritt um Schritt. Einen Schritt nach vorwärts sehe er in dem beim Landtage eingegangenen Antrage, der die allmähliche Aufhebung der bestehenden staatlichen Vorschulen bezwecke und keine derartigen Klassen-Schulen mehr zulassen wolle. Weiter vertrat Herr Wolgast seinen, der fortschrittlichen Entwicklung zugewandten Standpunkt zur Frage der Simultan- und Realschule, der Religion in der Schule, der Lehrerbildung und Lehrerbildung. Die Trennung von Kirche und Schule ist auch sein Ideal, aber auch in dieser Frage erscheint ihm nur eine schrittweise Entwicklung möglich. Einen Sprung zu machen, wie in Frankreich, hält er für verfehlt. Beseitigt werden müßte zunächst der dogmatische Religionsunterricht in der Schule. Er sei geschichtlich zu gestalten, unter besonderer Berücksichtigung der großen biblischen Persönlichkeiten. Es wäre das schon ein großer Fortschritt. — Schließlich warf Redner die Frage auf, ob die preussische Schulgesetzgebung in den nächsten Jahren den Weg des Fortschrittes weisen würde. Darauf müsse er zu seinem Bedauern mit einem aufschreienden Nein antworten. Es herrsche in Preußen auf allen Gebieten der Kirchen- und Schulverwaltung der Geist, der sich nicht nur im Zentrum, sondern auch in weiten Kreisen der Orthodoxen der evangelischen Kirche breit mache. Alle die, welchen am Wohle unseres gesamten Schulwesens etwas gelegen sei, müßten sich deshalb zusammenraufen zum Protest und sich zur Richtschnur nehmen das Wort: Nach Gausso geben wie nicht! (Lebhafte Beifall.)

Dr. Anita Augsburg hielt darauf ein Referat über: „Gehemmer Fortschritt und geförderter Rückschritt“. Mit schneidendem Dohn gestellte sie die kulturelle Unterwürfigkeit Preußen-Deutschlands Ausland gegenüber und zeigte dann an vielen Beispielen, wie besonders hinsichtlich der sozialen und rechtlichen Stellung der Frauen jeder Fortschritt gehemmt und der Rückschritt gefördert werde. Ihre Ausführungen klangen aus in einem Ruf: an die deutschen Frauen, ihre Teilnahmslosigkeit dem öffentlichen Leben gegenüber aufzugeben, in den politischen Kampf einzutreten und das ihre beizutragen dazu, daß in ihrem eigenen Interesse und auch im Interesse des ganzen Volkes der Rückschritt gehemmt und der Fortschritt gefördert werde. — Nach diesem Vortrage, der sehr starken Beifall fand, entspann

sich eine Debatte, an der sich die Herren Lüders, Dr. Breitfeld und Pöhl, sowie Frau Gauer und Fräulein Gustava Heymann-Damburg beteiligten. Alle stimmten in der Hauptsache den Referenten zu. Herr Breitfeld hob unter Zustimmung des Referenten Wolgast hervor, daß so lange noch Religionsunterricht in der Schule erteilt werde, ganz energisch zu verlangen sei, daß niemand gezwungen werden dürfe, seine Kinder an dem Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Wie andere Redner kam auch Dr. Breitfeld auf die bevorstehenden Schiller-Festen zu sprechen. Hier sollte man es mit dem Wort Johann Jacobys halten, das er anlässlich des hundertsten Geburtstages Schillers sprach: Nicht durch Umzüge und Worte, sondern durch Taten solle man den Dichter der Freiheit und Menschwürde feiern. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf eine Anfrage von Fr. Heymann erklärte Herr Wolgast, daß er freie Wahl den Frauen auch insofern wünsche, als er meine, es müßte beiden Geschlechtern in gleichmäßigem Bildungsgange die Möglichkeit gegeben werden, ihr geistiges Können zu messen.

Steglich. Umstandshalber findet die Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgebung erst Freitag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, statt und zwar bei Schellhase, Hornstr. 15a. Herr Hähnelberg spricht über „Ruf!“ und gibt dazu gehörige Vorträge auf dem Klavier. Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen; auch sind Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 16. März, abends 10 Uhr, Rosenhaldenstr. 57: Versammlung. Vortrag.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 16. März, abends 9 1/2 Uhr, bei Hoppe, Beckenstr. 14: Mitgliederversammlung.

General-Verband der Konditoren. Mitgliedschaft Berlin. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 67: Besondere Versammlung. Tagesordnung: 1. Bon unten auf. Referent: Genosse v. Elm. 2. Unsere Arbeitsverhältnisse und was trägt die Schuld an den miserablen Zuständen. 3. Verschleudertes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sozialdemokratischer Central-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Ludau. Ortsverein Berlin. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Weismann, Grünstr. 21: Ordentliche Sitzung. Es ist Pflicht, wie immer, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Wasserstand am 13. März. Elbe bei Magdeburg + 1,47 Meter, bei Dresden - 0,04 Meter, bei Magdeburg + 2,32 Meter. — Unstrut bei Straßfurt 0,00 Meter. — Oder bei Rastow + 2,80 Meter, bei Breslau Oder-Regel + 5,18 Meter, bei Breslau Unter-Regel - 0,16 Meter, bei Frankfurt + 2,05 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 4,43 Meter.

## Briefkasten der Redaktion.

Knob'Identisch. „Kobert“ hat mit dem Gerberberuf nichts gemein. Ein Koben — auch wohl eine Kofe — ist eine große Decke, z. B. eine Flederdecke; im übertragenen Sinne etwa ein dicker Ledermantel oder -Kantel. So jangen selche Weibchen dänische Kammsbilder, die runderhaken, mit der oder mit dem Koben; d. h. sie werden mit den größtmöglichen Mitteln für das Standeswohl reif gemacht. Kurz, ohne das rechte Verständnis für solche Dialektfeinheiten fehlt Ihnen der Genuß, den gewisse bodenständige Literaturerzeugnisse durch ihren eigentümlichen, zuweilen herben Erdruch dem Kenner gewähren. Also bitte, menagieren Sie sich in der Anwendung des in Ihrer Chiffre beliebigen Ausdrucks. Da wie keine Abhandlung über den Gegenstand schreiben wollen, empfehlen wir Ihnen dringend die Anschaffung eines österreichischen Dialekt-Lexikons; ganz brauchbar ist das Wiener Dialekt-Lexikon von Dr. Eduard Maria Schrenka, Wien 1905, R. A. Universitäts-Buchhandlung Georg Zeltner & Co. — Nordström. Rein. Vergleichen Sie im übrigen unmittelbar vorher Chiffre Knob'Identisch. — Schmetten. Wie unter der vorhergehenden Chiffre. — A. J. J. Rein. — B. W. (Reichensberger). Wichtig: Weihen, nicht Weihe. — G. V. Städtich, dem Volkspräsidium unterstellt. — R. G. 30. 1. Durch den Weltaltersführer des „Vorwärts“. Die Redaktion hat in der Ausstattung von Arbeitskalendern nichts zu tun. 2. Ganz Franz und halbfrauz; ganz oder halb auf französischer Art. So erklären sich auch: Französisch, Franzbröt, Franzbraunstein usw. 3. Auf natürlichem Wege nicht; aber ein guter Barbier hilft schon etwas nach. — A. T. (Vorehliche Kinder). Sprechen Sie doch einmal gelegentlich in der juristischen Sprechstunde unter Berufung auf diese Kofe vor. Für Veröffentlichung zunächst ungeeignet. — Jahrbuch. Schule derart nicht vorhanden. Einreichung Ihre Sache. Volkzeitliche Prüfung bei Anmeldung als Führer fäher. — A. J. Rein. — M. W. 100. „Robelbörse“, durch Postkutsche Charlottenburg, Steinplatz, Montag, vormittags. — A. R. 7. Beides überflüssig und oben ein falsch. Wichtig vielmehr: Der Stein fäher oder fäher usw. auf dem Grund. — Im übrigen sind beide von Ihnen angeführten Sprechweisen, die ältere (sonst) wie die moderne orthographisch zulässig. Nur muß man in einer konsequent sein. — C. G. 108. Fremder Kolonialismus. Entschieden wir nicht. Austausch vielleicht durch „Bergische Arbeiterstimme“, Solingen, Hofgasse 7. — Böhmern. 100. — 1. Otto hundert. Näheres darüber im „Vorwärts“ vom 14. Januar 1905. 2. 5 Milliarden Franz = 4 Milliarden Mark. — M. W. 27. Lassen Sie Mut und tragen Sie die Dame selbst. In so vielen Dingen hilft man sich selbst, sonst ist die Partie verloren. — C. W. Durch Reinhold Schröder, Weltaltersführer des Vereins, hier, Koppstr. 24. — A. G. 17. Quittung einleiden, Frage dabei wiederholen. — A. J. Rein. — Marg. (Weidenbaum?). Besessene Antwort kam als unbedeutend zurück. Wenden Sie sich an den Parteivorstand, Lindenstr. 60. — A. C. Das stimmt; allein das Wech Robert und der Kofe ist.

Handelener F. A. Der Einsender hat in der Sache recht. Die angelegten sollten selbst darauf dringen, daß sie anständige Bezahlung erhalten und nicht auf den Feingehalberbettel angewiesen sind.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Größtenteils 7 Uhr.

W. 2. 30. Falls es sich in dem von Ihnen geschilderten Fall um eine andere Heimarbeit als solche in der Textil- oder der Tabakbranche handelt, so liegt Versicherungsspflicht nicht vor. Es liegt im Interesse der Fragesteller, den Fall, über den sie Auskunft haben wollen, genau darzustellen und nicht zu verallgemeinern. — W. Sch. C. Boranwendung für Ertragung der Altersrente ist das Ableben einer weit höheren Zahl von Marken als in fünf Jahren einfallen kann. Sie finden die Mindestzahl auf S. 499, 500 des „Arbeiterrechts“ ausgerechnet. Inwieweit man jemand erhalten, wenn mindestens 200 Marken für ihn gelebt sind und er im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes erwerbsunfähig („Arbeiterrecht“ S. 488) ist — 767. 1. Wenn die frühere Firma eingetragen war: Ja. 2. Nur mit besonderer Genehmigung. — 8888. 1 und 2. Ja. — Kar. . . 1. Sie können leider lediglich durch einen Antrag an das Volkspräsidium die Befreiung der Ausweisung erreichen. Befreiung gibt es in solchen Fall nicht. 2. Die Mutter müßte einen Antrag auf Aufhebung der Juugangsverpflichtung stellen. — C. 1. und 2. Rein. 3. In der Regel ist erst in 6 Monaten nach der Gebrauchsnahme Benutzung zulässig. Das Datum für den einzelnen Fall erfahren Sie auf dem Volkspräsidium. Frühere Angebrachnahme ist strafbar. — M. W. Die Verpflichtung der Eheleute zum Unterhalt ihrer Kinder werden durch Anstellung einer Ehefrau gelöst, oder durch Scheidung keineswegs befreit. — A. R. 24. Reinleider. Sie können auf Zahlung Ihres Pflichtenlohn haben. Natürlicher ist es wohl, einen Vergleich zu schließen, weil als Nachlaß keineswegs das beiderseitige Vermögen, sondern nur der Nachlaß Ihrer Mutter bei Berechnung des Pflichtlohn in Betracht kommt. — G. R. 13. Das Kaufmannsgericht ist für Peim nicht zuständig. — G. C. Rixdorf. Ein Anruf gegen die Firma heißt Ihnen nicht zu, da diese die 14tägige Kündigungsfrist eingehalten hat. — Spruchr. 4. In dem von Ihnen geschilderten Vorgehen kann eine strafbare und eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung erldit werden. Die Umstände können auf unläuteren Weiseword schließen lassen. — G. R. Ohne nähere Schilderung Ihres Falles sind Ihre Anfragen nicht zu beantworten. — F. R. 19. 1. Ja. 2. und 3. Rein. — A. J. 22. Es kommt auf die Straftat (Diebstahl? Ruppel? Diebstahl?) an, nicht auf die Strafbüße an. — W. B. 30. Bis zum vollendeten 31. Lebensjahre ist die Einziehung möglich. — A. J. 25. 1. Ja. 2. Etwa ein Jahr. 3. Rein. 4. Dem nicht für schuldig erklärten Teil. — A. G. 1. Sie können auf Brautdarbringung klagen, müssen aber (am besten unter Vorbehalt) zahlen. — A. G. 42. 1-5. Rein, das Ihnen Anvertraute gilt als Geschäftsgeheimnis. Seine Offenbarung ist strafbar. — B. W. S. M. 44. S. Ja. — Charlottenburg. Teilen Sie vor dem Termin den Sachverhalt dem Gericht schriftlich mit und bitten, daß Fragen wegen Ihrer Verurteilung nicht an Sie gerichtet werden. Es wird Ihrem Wunsch dann voraussetzlich stattgegeben. — M. Z. 77. Wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen, liegt Verjährung vor. — Konrad. 1. Ja. 2. Rein. — M. W. 19. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — F. M. 188. Strafverpflichtung stehen Ihrem Verhalten nicht entgegen. Als Ausländer können Sie ohne Grund ausgewiesen werden. — G. R. Preussener Alice 27. Wiederholen Sie Ihre Frage unter genauer Darlegung des Sachverhältnisses. — G. Z. Köpeln. Im Falle einer Klage müßten Sie zur Tragung des vollen Schadenersatzes verurteilt werden.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 16. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
für den Osten  
in Lokale von Liffin (vorm. Herzog), Remelerstraße 67.

Tages-Ordnung:  
1. Welche Aufgaben hat der diesjährige Verbandstag zu erledigen? Referent Cohen. 2. Diskussion.

Donnerstag, den 16. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in der Schrauben-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Die französische Revolution von 1789“. Referent Genosse C. Wernuth. 2. Erklärungen zur Agitations-Kommission.  
In dieser Versammlung soll eine Kollegin in die Agitations-Kommission gewählt werden, deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterinnen zahlreicher als bisher erscheinen. — Kollegen sorgt für guten Besuch!

Donnerstag, den 16. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
**Klempner-Versammlung**  
bei Stechert, Andreasstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. David-Mainz über: „Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Gewerkschaften.“  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Es ist dringend notwendig, daß alle Kollegen und die in der Branche beschäftigten Kolleginnen in dieser Versammlung erscheinen.  
Das Frühjahrsfest der Klempner findet nicht, wie ursprünglich auf den Aufzetteln angegeben, am 26. März, sondern am Sonnabend, den 25. März, bei Keller, Koppentstraße 29 statt.

Donnerstag, den 16. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Elektromonteurs  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Branchen-Vertrètres. 2. Neuwahl des Branchen-Vertrètres und der Branchen-Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte**  
Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)  
Freitag, den 17. März, nachm. 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Wernau, Schwedterstraße 23/24:

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen W. Liffin. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Im zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand, Z. H.: Ernst Döhl.  
NB. Die Kranzfeier am Grabe der Würgergefallenen findet am Sonnabend, den 18. März, pünktlich 10 Uhr vormittags, vom Lokal des Kollegen Hafeloff, Landsbergerstraße 8 aus statt. D. D.

**C. Joëls Viktoria-Garten.**  
11 Kegelbahnen. Köpenicker Landstr. 21. Theaterbühne.  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball**  
unter Leitung des Tanzmeisters Herrn C. Zinne.  
Empfehle meinen renovierten Saal und Garten, 5000 Personen, für Winter- und Sommer-Geschäfte allen Vereinen und Gesellschaften.

**H. Detert, Möbelfabrik,**  
Fruchtstraße 32. 21512\*  
Komplette Wohnungs-Einrichtungen.  
Einzel-Verkauf.  
Nur Fabrikgebäude. — Kein Laden.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.  
Freitag, den 17. März, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Hafenuheide 108-114:  
**Außerordentl. General-Versammlung**  
aller im Zweigverein Berlin beschäftigten, im Verband organisierten Maurer.

Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung über die Verhandlungen in der Richter-Kommission bezüglich des neu abzuschließenden Tarifvertrages. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 137/5\*

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Verbandskollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
NB. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Friedrichsberg fällt dieser Versammlung wegen aus.  
Die Verbandsleitung. Z. H.: G. Thoms.

# Verband der Tapezierer (Filiale Berlin). Tapezierer!

Donnerstag, den 16. März, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
Bericht über die Junungsversammlung. Die Ortsverwaltung. 177/17

**Achtung! Achtung!**  
Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.  
Zweigverein Berlin. — Bezirk Süd-West.  
Mittwoch, 15. März, abends 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5/7:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Käter über „Kapital und Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Bericht aus der Verträter- und Obleute-Sitzung. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Jeder erhält einen Versammlungsstempel. 137/4\*  
Zur besonderen Beachtung! Am Sonntag, den 19. März, abends 6 Uhr, findet Blücherstr. 61 (früher Helmich) unser

**Frühjahrs-Vergnügen**  
statt. Abends 8 Uhr.  
Hierzu sind Freunde und Bekannte freundlichst eingeladen.  
Der Obmann.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
aller in der

**Bilderrahmen-Branche**  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal V).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Fendel über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Obmann.

**Möbel,**  
ganzes Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke überbillig. Eigene Tischlerei-Werkstatt. Berlin O., 22172\*  
Wiehr, Peterburgerstr. 62.  
Automobilfahrer!  
Neuer Abend-Kursus beginnt am 4. April. Theorie und praktischer Fahrunterricht. Preis frei.  
Technikum Elektra, Neanderstr. 4.  
**Billigste Bezugsquelle**  
von Garnituren, Vanessofas, Mischelsofas, Schlafsofas, Chaiselongues, Bettstellen mit Matras, Kleiderstühle, Vertikal-, Spiegel in reeller Ausführung. Langjähr. Gar. \* Neumann, Tapet-, Oranienstr. 292.  
**Kränze u. Blumen**  
empfiehlt  
F. Jacobitz, Koppentstr. 44.

Innungs-Krankenkasse der  
**Glaser.**  
Zwangszinnung zu Berlin.  
Freitag, den 24. März 1905, abends 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1904. 2. Erziehung zum Vorstande (2 Arbeitsgeber und 2 Arbeitnehmer). 3. Gehalts-Regulierung der Beamten. 4. Dienstvertrag des Kassenbeamten Hundertmark. 5. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Z. H.: Albert Strömman, 271/5 Teltowerstraße 13.

Orts-Krankenkasse für das  
Gewerbe der Tischler und  
Pianoforte-Arbeiter  
zu Berlin.  
Donnerstag, den 23. März, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Saal 7, Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.  
Tages-Ordnung:  
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904 nebst Bericht der Revisoren. 2. Antrag des Vorstandes auf Einführung einer Probezeit bei Einstellung von Beamten. 3. Wahl eines Hilfsarbeiters. 4. Antrag auf Abänderung des § 5 des Dienstvertrages. 5. Antrag der Beamten um Anrechnung der Dienstzeit. 345  
Der Vorstand.

**Sofastoffe**  
2193L\*  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Voll- Reste! Mocquettos. Plüsch, Satteltaschen.  
Muster b. näher. Angabe franko.  
Emil Lafèvre, Berlin, 158.  
Prinzen-Str. 41, 87/9\*  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Patent-Bureau.**  
Anmeldung von Patenten in allen Staaten. Kennerlich billige Preise. Dequeme Zahlungsdiv. Geldz. Verwertung u. Finanzierung der durch unfr. Bur. angem. Pat. Veräuß. v. Ideen f. Natfchl. kostenlos. Exped. 10-1 und 4-6.  
Wolters & Co., Wilhelmstr. 119/120.  
**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, 87/9\*  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Orientalisches Ballhaus**  
Neue Königstr. 45 (Grand Hotel)  
Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:  
**Réunion**  
Anfang 10 1/2 Uhr.

**Radfahrer! New Departure**  
Beste Freilauf-Nabe  
Macht das Radeln zum Tanz  
Durch jede Fahrradhandlung zu beziehen.  
Romain Talbot \* Berlin C. Allein-Vertrieb für Deutschland.



**Th. Forck, Kretzschmar & Co.**  
vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.  
An der Jannowitzbrücke **BERLIN** dicht neben dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke  
Eingang während des Neubaus rechts um die Ecke von der Holzmarktstraße.  
**Deutschlands grösstes Möbel-Kaufhaus**  
für Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.  
Besichtigung der grossen Ausstellungsräume ohne Kaufverpflichtung gern gestattet.  
Gekaufte Möbel können bis zur Ablieferung frei lagern.  
Unser grosses Musterbuch nebst Nachtrag für Neuheiten versenden wir auf Wunsch frei und umsonst.  
No. 1259. Kleiderschrank, echt Nussb. m. Hutboden u. Messingstange u. reich. mod. Schnitzerei. M. 85.—, 120cm b., 230cm h., 60cm t.  
No. 1262. Vertiko, e. Nussb. m. Facettenspiegel u. reich. mod. Schnitzerei M. 90.—, 100cm br., 208cm h., 49cm t.  
Verantw. Redakteur: Paul Hüfner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Forck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.






Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Die Leiche unseres Parteigenossen Gustav Weisenhainer, der seiner Familie und der Partei bekanntlich durch einen tödlichen Baumfall entzissen wurde, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden.

Lichtenberg. Für die heutige Gemeindevahl sind die Kandidaten in folgender Weise aufgestellt: 2. Bezirk. Wahllokal: Siegfriedstraße, Schule. Kandidaten: Wilhelm Tiele, Gastwirt; Otto Seikel, Zeitungspediteur.

Wer es möglich machen kann, übe sein Wahlrecht im Laufe des Tages aus. Das Wahlkomitee hat sein Bureau bei Lemke, Frankfurter Chaussee 111. Alle Anfragen etc. sind dorthin zu richten!

Zehlendorf-Mühlenbeck (Wahlverein Bezirk Pantow). Da das Lokal von Iden in Zehlendorf wieder gesperrt werden mußte, referiert Reichstags-Abgeordneter Genosse Stadthagen am Sonntag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zur Sonne“ in Mühlenbeck. Die Versammlung ist öffentlich.

Kommunales.

Anstellung eines vierten Vorstandsmitgliedes der Landes-Versicherungsanstalt Berlin. Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuss zur Vorberaterung der Magistratsvorlage, die Stelle eines vierten beamteten Vorstandsmitgliedes mit dem Gehalt der Magistratsräte (4000 bis 7500 M.) zu errichten, hatte bekanntlich dem Antrage der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Schneider und Stadthagen angenommen.

Lokales.

Die kommunale Waisenfürsorge Berlins

besteht sich gegenwärtig in einer Umwandlung, die wir nicht als einen Fortschritt ansehen können. Die eigenen Anstalten zur Erziehung der der Waisenfürsorge anheimfallenden Kinder hatte schon seit langer Zeit keine nennenswerte Erweiterung mehr erfahren.

In neuester Zeit ist die Anstaltsfürsorge sogar noch sehr erheblich eingeschränkt worden. Das Waisenhaus zu Rummelsburg beherbergt jetzt nur noch den vierten Teil derjenigen Zahl von Zöglingen, die dort vor drei Jahren untergebracht war.

Auch der Etatsausschuss hat sich kürzlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Das Ausschussprotokoll berichtet, daß die Einschränkung der Anstaltsfürsorge getadelt worden sei. Darauf habe der Magistratsvertreter erwidert, man habe mit der Familienfürsorge die besten Erfahrungen gemacht, sie sei besser als die Anstaltsfürsorge.

Wenn das „beste Erfahrungen“ sind, dann möchten wir wissen, was der Magistrat unter „schlechten“ Erfahrungen versteht. Auch die im Etatsausschuss vorgetragene Ansicht, daß auf dem Lande die Waisenkinder billige Arbeitskräfte für Bauern und Großgrundbesitzer seien, wird durch die Berichte unterstützt.

Namen nennen!

Durch die Zeitungen geht eine Notiz, die aus einem Stadtverordneten-Ausschuss nach seinem jetzt veröffentlichten Sitzungs-Protokoll über ein nicht uninteressantes Vorkommnis berichtet, das dort besprochen worden ist. Es handelt sich um den Ausschuss zur Vorberaterung der in den neuen Etat aufzunehmenden Gehaltsveränderungen.

Das hat nun Herrn Ballach, der sich offenbar durch diese Mitteilung blamiert fühlte, arg verdrossen. In der zweiten Sitzung des Ausschusses hat er gegen die „Namenennung“ des „Vorwärts“-Verichtes Einspruch erhoben und für den Wiederholungsfall Proklamierung der Amtsverschwiegenheit angekündigt.

Unseres Erachtens könnte es nichts schaden, wenn selbst die amtlichen Protokolle die Namen derjenigen angäben, die in den Ausschüssen so oder so getimmt haben. Manchem, der dort Herzensgeheimnisse austrant, mag es ja unangenehm sein, sich hinterher an den Pranger gestellt zu sehen.

Das Ordisstatut für das Kaufmannsgericht bestätigt. Die oberpräsidiale Bestätigung des Ordisstatuts für das Berliner Kaufmannsgericht ist gestern im Rathause eingetroffen. Nach der vorgeschriebenen amtlichen Veröffentlichung im „Gemeindeblatt“ werden unter Einhaltung der Einspruchsfrist die Wahltermine bekannt gegeben werden.

Der Zentralvorstand der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen hatte in voriger Woche in einer geharnischten Resolution gegen die Verschleppung der Einführung der Kaufmannsgerichte durch den Oberpräsidenten protestiert.

Der evangelischen Landeskirche,

in der Orthodorie und kirchlicher Liberalismus sich gegenseitig so schlecht machen, daß kein Hund ein Stück Brod von ihnen nimmt, singt Herr Stöder in seinem Jahresbericht über die Arbeit der Berliner Stadtmission eine Art Grablied.

Als schlimmster Feind wird einmütig in den Berichten der Stadtmissionäre der Unglaube bezeichnet. In einer Vorstadtgemeinde sind im letzten Jahre 44 Personen aus der Landeskirche ausgetreten, nicht von schlechten freiwilligen Versammlungen gelagt, sondern freiwillig.

der erst seit kurzem in der Arbeit stand, aus Amerika gekommen war, ist aus der Stadtmission und aus der Landeskirche ausgeschieden. Er erklärte, daß er keiner Kirchengemeinschaft angehöre, in der der Glaube so wenig geschätzt sei.

Wenn die festesten Säulen der Kirche, Hausbesitzer und Missionäre, ihr schon den Rücken kehren, dann ist allerdings Stöders Wehklagen begreiflich. Aber es wird von ihm Ursache und Wirkung verwechselt. Die Gleichgültigkeit fast aller Volksschichten gegen die Kirche ist nicht eine Folge des „Unglaubens“ oder vielmehr der Streitigkeiten in der Kirche selbst, sondern diese sind Erscheinungen der inneren Kirche.

Donnerwetter! „Für die Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel“, so lesen wir in der „Freisinnigen Zeitung“, sind in den Etat der Stadt Berlin für das nächste Jahr bereits 252 000 Mark eingestellt worden. Dieselbe Sensationsnachricht findet sich mit etwas anderen Worten, aber mit der gleichen Zahlenangabe auch in anderen Blättern.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Die Akten betr. die Wahl des Gastwirts Gustav Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, zum Stadtverordneten.

Zu dem Selbstmord des Lehrers Wiedenberg meldet die „Volks-Zeitung“: „Herr Provinzialschulrat Ullmann revidierte die 181. Schule. Aus Furcht, daß dieser mit seinen Leistungen nicht zufrieden sein könne, ging Wiedenberg in den Tod.“

Preussische Gastfreundschaft. Eine dritte Liste aus Berlin ausgewiesener „lästiger Ausländer“ ist zur Veröffentlichung gekommen. Sie umfaßt 14 Personen, und zwar fünf Russen, sechs österreichisch-ungarische Staatsangehörige, zwei Italiener und einen Amerikaner, einen 35 Jahre alten Studenten der Russen.

Ein neuer Schwindel. Die hiesige Kriminalpolizei nahm, wie schon mitgeteilt wurde, einen Menschen fest, der angeblich ein kind diskreter Geburt zu vergebem hatte. In seinen Zeitungsanzeigen in der Provinz betonte er, daß die hochgeheiligte Mutter besonders darauf sehe, daß ihr Kind in eine gute Familie komme und die beste Erziehung genieße.

Polizeireklame für den „Simpfissimus“. Polizeilich für den Straßenhandel verboten wurde der Vertrieb des neuesten „Simpfissimus“-Flugblattes. Die Gräfin von Montignoso von Ludwig Thoma mit Illustrationen von Theodor Thomas Heine. Eine Beschlagnahme des Flugblattes ist jedoch nicht erfolgt, so daß es in Buch- und Zeitungshandlungen anstandslos verkauft werden kann.



**Zeugen gesucht.** Die Personen, welche gesehen haben, wie am Donnerstag, 22. Dezember 1904, morgens 8 1/2 Uhr, ein Mann zwischen Kopf- und Steinmetzstraße in Rixdorf durch Ausgleiten auf dem Straßpflaster einen Unfall erlitt, werden gebeten, bei Gustav Fischöder, Tischler, Rixdorf, Allerstraße 5 I, ihre Adressen abzugeben.

**Endlich erwischt** ist der Schlafstellendieb Frauendorf, über dessen Treiben wiederholt berichtet wurde. Der Schwindler mietete unter allen möglichen Anspielungen möblierte Zimmer und machte die Vermieterinnen sicher, indem er ihnen einen schweren Koffer in Verwahrung gab. Bei der ersten Gelegenheit stahl er dann ganze Zimmer leer. Der Koffer, an dem sich die Bestohlenen schadlos halten wollten, enthielt immer nur Steine und Erde. Es ist bereits erwiesen, daß der Spezialist auch die Provinz heimgesucht hat. Nach Aufzeichnungen über seine Reisen, die man bei ihm fand, arbeitete er u. a. in Straßburg, Sittin, Frankfurt a. O., Leipzig, Erfurt, Potsdam, Spandau und zuletzt in Charlottenburg. Als seine Helfer wurden ein Kohlenhändler im Norden der Stadt, ein Schneider und eine Frau, eine Jugendfreundin des Bestohlenen, ermittelt und festgenommen. Bei diesen fand die Kriminalpolizei noch Wäcker, Betten, seidene Kleider usw. Der Kohlenhändler schob ein Kästchen mit Schmuckstücken rasch in ein Ofenrohr, die Beamten fanden es aber auch dort.

**Eine Hochstaplerin,** die sich mit Vorliebe als Angehörige der Familie von Below unter dem Namen Gutbesitzerin von Verlowa-Below oder Below oder als Frau Hauptmann Vertbold, geborene von Daller, oder als Frau Renner, geborene Richter, einführte, ist von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden. Nachgewiesen sind ihr bereits zahlreiche Diebstahlsdelikte, auch andere Schwindelacten bei einem Uhrmacher und einem Buchhändler sind bereits festgestellt. Es konnte aber noch nicht ermittelt werden, wovon sich die Schwindlerin in den letzten Monaten ernährt hat, ihre Behauptung, daß sie mit Schneidern das Geld verdient habe, ist schon widerlegt. Uebrigens soll die nicht weniger als hübsche, ältere Frau, die eine Perücke trug, auch Liebesverhältnisse mit angesehenen Herren gehabt haben, wobei es sich für sie ebenfalls um Schwindelacten handelte.

**In Gemütskur.** Eine sehr kostspielige Bierreise machte vor einigen Tagen ein in Theaterkreisen sehr bekannter Mann. Er begann sich unter den Linden mit Salvator-Bock und fand sich am nächsten Morgen in einem Nachtlokal in der Eschertstraße wieder. Sein Rausch muß nicht schädlich gewesen sein, denn als er erwachte, glaubte er, daß er die ganze Nacht in demselben Lokal gefessen habe und beim dritten Glas Pilsener eingeschlafen sei. Die Gesellschaft, mit der er gekommen war, hatte sich längst schweigend empfinden und alles mitgenommen, was er an Wertgegenständen bei sich trug. Aus einem Koffer hatte man ihm den Brillanten im Werte von 2000 Mk. herausgehoben, einen Brillantring vom Finger gezogen, einen anderen, ein teures Andenken, aus dem Portemonnaie genommen. Großmütig aber hatte man ihm bare 35 Pfennige gelassen. Nur für sein gutes Geld hat er die Wertgegenstände, an deren Besitz ihm sehr viel lag, zurückbekommen. Ein Detektiv-Bureau ließ in den Kassenbüchern die Nachricht verbreiten, daß man die Sachen unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit gern zurückkaufen würde. Darauf meldeten sich bald mehrere Personen, die die Lage einigermaßen klären konnten, und Vertrauensmänner von beiden Seiten schlossen endlich an einem neutralen Orte den eigenartigen Handel ab.

**Feuerbericht.** Die böswilligen Alarmierungen der Feuerwehr scheinen sich zu einem förmlichen Sport herauszubilden zu wollen. Es vergeht nämlich in letzter Zeit kein Tag, ohne daß nicht ein derartiger Alarm zu verzeichnen wäre. In der Nacht zum Dienstag wurde der öffentliche Feuerwehler am Hönigsrücken wiederholt böswillig in Tätigkeit gesetzt. Leider gelang es nicht, die frevelhaften Verbrechen zu ermitteln. — In der Ritterstr. 82 hatte ein Posten Holzwaolle und anderes Packmaterial in einem Keller Feuer gefangen, das indes vom 18. Böschung bald erlosch werden konnte. — Dedden und Kleidungsgüter waren dann in der Müllerstr. 84 durch eine Lampe in Brand geraten, während in der Brenzlauerstr. 25 Gardinen ein Raub der Flammen wurden. — Bei dem in gestriger Nummer gemeldeten großen Dachstuhlbrande am Laufgerplatz 18 hat sich noch ein bedeutenderer Vorfall ereignet. Eine in der Nachbarschaft, Laufgerplatz 16, auf Besuch weilende Frau Sanders geriet bei dem plötzlichen Feuerlärm in solche Aufregung, daß sie einem Herzschlage zum Opfer fiel. Die alte Frau hatte die Absicht, heute wieder in ihre Heimat abzureisen.

**Theater.** Im Deutschen Theater wird gegenwärtig eine Reueinstudierung des „Wilhelm Tell“ vorbereitet. Der Jahreszeit entsprechend, in welcher sich die Handlung abspielt, werden die Landschaftsbilder, welche im Atelier von Georg Hartwig u. Co. hergestellt werden, durchweg herbstlichen Charakter zeigen. Otto Sommerdorff spielt zum erstenmal den Wilhelm Tell, die Inszenierung leitet Professor Straup.

**Die Kunst der Kokos-Zeit** in Dichtung und Musik wird die nächste volkstümliche Veranstaltung der Stadt Charlottenburg am Sonntag, den 19. d. Mts. im Gymnasium am Savignypfad behandelt. Dr. Frey, der Leiter der Charlottenburger Volksbibliothek, spricht über das Thema. Weinachts, Gabotten, Arien und Duette aus Mozarts Opern stehen neben dem Trio von Haydn auf dem Programm, bei welchem auch Kammermusik vertreten sein wird. Karten a 50 Pf., einige numerierte Plätze a 1 Mk. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstr. 11, und Dürerhaus, Kronenstr. 18, zu haben.

## Aus den Nachbarorten.

### Schöneberg.

Von der Schöneberger 26 Millionen-Anleihe gelangen jetzt nach einer Mitteilung des Magistrats 12 Millionen Mark zum Kurse von 99,07 zur Begebung. 7 Millionen Mark hat das Bankhaus Weichard übernommen. Weitere 5 Millionen sind von der Schöneberger Sparkasse zur Verfügung gestellt. Der Zinsfuß beträgt belamitlich 3 1/2 Proz.

### Charlottenburg.

Ein schweres Bauunglück ereignete sich am Dienstag nachmittags 4 Uhr auf dem Neubau des Mauer- und Zimmermeisters Oskar Garbe in der Berlinerstr. 148 in Charlottenburg. Da der Bau nach Aussage der dort arbeitenden Maurer sich inbezug auf Abdeckung und Schuttdächer in bester Ordnung befindet, so ist dieser Unfall um so rätselhafter. Das Treppenturgrüst in der vierten Etage, auf welchem im Laufe des Vormittags fünf Maurer gearbeitet hatten, brach am Nachmittag, wo nur drei Maurer darauf arbeiteten, nach dem ein Kastenenträger sein Material abgeworfen hatte, durch. Die Rüstung mit den darauf stehenden zwei Kasten durchschlug vier Zwischenstangen und begrub den Steinträger unter den zerbrochenen Brettern, Niegeln und Kästen im Keller. Ein Maurer, welcher auf die Trümmer fiel, hatte nur leichte Verletzungen; zwei andere Maurer hielten sich in schwindelnder Höhe an dem Dachsparren fest und entgingen so ihrem Schicksal. Der Steinträger, welcher verheiratet und Gubenerstraße wohnhaft ist, erlitt schwere innere und äußere Verletzungen, so daß er nach dem Krankenhause auf Befehl gebracht werden mußte, in welchem auch der Maurer Gustav Ernst Aufnahme fand.

Eine genossenschaftliche Molkerei beabsichtigt der Verein Charlottenburger Milchhändler zu errichten. Sie soll eine einwandfreie, allen Anforderungen der Wissenschaft entsprechende Säuglingsmilch, sowie überhaupt gute frische Milch liefern. Er bittet zu diesem Zweck um Ueberlassung eines städtischen Grundstücks von ungefähr 200-300 Quadratrasen, wenn möglich in der Jungfernheide, in Erbpacht auf 70 Jahre oder in Pacht auf 20-30 Jahre oder zum Ankauf unter günstigen Bedingungen.

## Rixdorf.

**Im Wahnfinn.** Angst und Schrecken verbreitete Montag Abend ein Irrenfinniger unter den Anwohnern des Hauses Berlinerstr. 98 zu Rixdorf. Der 42jährige Händler Selzer, welcher bereits diernmal in Herzberge interniert war, wurde plötzlich wieder vom Wahnfinn befallen, als er mit seinem dreijährigen Töchterchen auf dem Arme in der Küche saß. Kurzerhand warf der Irrenfinnige das bedauerenswerte Geschöpf auf den Hof hinaus, und als ein Wunder ist es zu betrachten, daß die Kleine nur mit Hautabwürfungen davonkam. Die hinzueilende Mutter riß jetzt das Kind an sich und rettete es durch die Flucht vor dem Kranken. Als sich mehrere beherzte Männer näherten, um den sich wie rasend Gebärdenden unschädlich zu machen, ging der Wahnfinnige mit gezücktem Messer auf alle Herannahenden los. Nachdem S. alle Fensteröffnungen zertrümmert und die Wohnung demoliert hatte, raste er plötzlich auf den Hof hinaus. Hier gelang es endlich mehreren herbeigerufenen Schutzleuten, den Lobenden festzunehmen. S. wurde wieder nach der Irrenanstalt übergeführt.

## Ober-Schönebeide.

**Ein 13-jähriger Vater?** Eine recht heille Affäre beschäftigt seit einigen Tagen die Polizeibehörde. Vor etwa fünf Monaten wurde das 13-jährige Dienstmädchen Elise K., welches bei einem wohlhabenden Bürger in Ober-Schönebeide angestellt war, von einem Knaben entbunden. Der Vater des unehelichen Kindes konnte nicht ermittelt werden. Vor einigen Tagen nun entstand unter mehreren Dienstmädchen, darunter auch die K., wegen der Vaterschaft des Kleinen ein erregter Wortwechsel. Hierbei ließ sich die K. schließlich zu der Aeußerung hinreißen, daß der Vater ihres Kindes — der 13-jährige Sohn ihres Arbeitgebers sei. Dies kam zur Anzeige und die Untersuchung, welche gegen das Dienstmädchen wegen Verführung eines Minderjährigen eingeleitet wurde, führte gestern zur Verhaftung der K. Diese bleibt hartnäckig bei der Behauptung, daß der jetzt im 14. Jahre stehende Sohn ihrer Dienstherrschaft der Vater ihres Kindes sei. Das Dienstmädchen ist nach dem Amtsgericht in Köpenick übergeführt und die weitere Untersuchung in der wohl seltenen Angelegenheit in die Wege geleitet worden.

## Hohen-Schönhäufen.

**Ueberfallen oder verunglückt.** Am 25. v. M. verschwand plötzlich der 50 Jahre alte Renteneinpfänger Wader, Stalhoferstr. 133. Er hatte abends noch Zeitungen ausgelesen und war dann nicht mehr gesehen worden. Am 2. d. M. fanden zwei Herren auf einem Felde bei Hohen-Schönhäufen einen blutüberströmten Mann in besinnungslosem Zustande vor. Er wurde nach der Charité gebracht und später als der vermiste Renteneinpfänger festgestellt. D. klagte über heftige Schmerzen im Kopf und gibt an, daß er von Strolchen überfallen und verletzt worden sei. Wo sich der Vermiste vom 25. Februar bis zum 2. März aufgehalten hat, konnte bisher noch nicht aus ihm herausgebracht werden.

## Wilmersdorf.

**Die Stadtverordung von Wilmersdorf gesichert.** Seitens der Potsdamer Regierung ist auf die Petition der Wilmersdorfer Gemeindebehörden wegen Verleihung der Stadtrechte und Ausscheidens der Gemeinde nunmehr dem Gemeindevorstande die schriftliche Zusage gemacht worden, daß diesem Wunsche entsprochen werden soll. Als Voraussetzung für das Zustandekommen der Kostentragung vom Kreise wird die Einigung über die Höhe der Abfindungssumme begehrt, welche die Gemeinde an den Kreis zu zahlen hat. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen Kreisaußschuß und Gemeindevorstand sind, nachdem zwischen Kreis und Gemeinde auch die Interessengemeinschaft am Zeltortkanal gesichert ist, so wesentlich gefördert worden, daß die Regierung jetzt erklären konnte, der Selbständigmachung von Wilmersdorf händen nunmehr keine Hindernisse im Wege. Der genaue Zeitpunkt für die Uebertragung der Stadtrechte ist zwar nicht angegeben, doch lassen alle Vorbereitungen darauf schließen, daß als Termin der 1. April 1906 betrachtet wird. Bis dahin soll die Verwaltung von Wilmersdorf, das in zwei Monaten 60 000 Seelen zählen dürfte, Zeit gewinnen, die städtische Verfassung vorzubereiten.

## Gerichts-Zeitung.

**Der Raubmordversuch bei Eggersdorf** beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lauffer. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Engelbert, die Verteidigung führte Referendar Dr. Sobornheim. Angeklagt war der 26-jährige, zweimal vorbestrafte Arbeiter Otto Schulz, der sich wegen versuchten Mordes und schweren Raubes zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der zuletzt bei Speier in Marienfelde gearbeitet hatte, verkehrte mit seiner Braut, die den Wirtshausbesitzer bekannt war, in der Gastwirtschaft von „Vater Grams“ in der Frickestraße 23. Am 17. November v. J. abends kam er allein zu Grams und traf dort unter anderen Gästen den Koffhändler Heinrich Gänzler aus Eggersdorf, der Milch nach Berlin lieferte und jede Woche einmal hierher kam, um Geld bei seinen Kunden einzulassen. Er hatte eine Anzahl Pakete und in seinem Portemonnaie bezw. Brieftasche 200 Mk. bei sich. Er pflegte an solchen Tagen immer sehr freigebig zu sein und auch diesmal gab er mehrere „Pagen“ zum besten und zeigte beim Würfeln, daß er viel Geld bei sich habe. Als Gänzler später nach Hause wollte, empfahlen ihm die Wirtshausleute dringend, doch nicht so spät allein die Nachstraße anzutreten, sondern lieber die Nacht bei ihnen zu bleiben. Der alte, schwächliche Mann blieb aber dabei und machte sich auf den Weg, nachdem er noch vorher gefragt hatte, daß er vom Schießbahn-Waldhof, wo er noch einige Totenkranke mitzunehmen habe, bis nach Strausberg fahren und von da nach Eggersdorf zu Fuß gehen wolle. Als er eine kurze Strecke gegangen war, kam ihm der Angeklagte nach und bot sich an, ihn zu begleiten, indem er sagte, daß er in Strausberg wohne und somit denselben Weg habe. Gänzler nahm das Anerbieten an und bestieg, mit dem Angeklagten ein Abteil zweiter Klasse, indem er ihm ein Billet, welches er bei sich hatte, übergab. Von der Gepäckaufbewahrung hatte er vorher noch einige Kränze, die er zum Totensamstag eingekauft hatte, abgehoben. In Strausberg nahm der Angeklagte die Pakete und Kränze in die Hand und beide gingen die Chaussee entlang. Nach einiger Zeit hörte ein Arbeiter klägliches Hülfeschrei und als er mit anderen dem Rufe nachging, fand man den Gänzler, der sich von der Chaussee nach einem Schwellenbaum geschleppt hatte, in völlig hilflosem Zustande vor. Sein Gesicht war völlig verschwollen und blutunterlaufen, so daß es nicht zu erkennen war. Er vermochte nur unverständliche Worte zu lassen und man erkannte ihn nur an der Kleidung. Die Sachen waren zerhackt und die Hände blutig. Man trug ihn nach dem Stationsgebäude, wusch ihn ab, verband ihn und brachte ihn dann nach Hause. Von dem Angeklagten war nichts mehr zu sehen. Gänzler liegt noch immer fast den ganzen Tag im Bett, ist zum Essen kaum zu bewegen und ist unbeschreiblich nervös geworden. Dies ist auch der Grund, daß Gänzler gestern nicht zum Termin erschienen war, sondern seine kommissarische Vernehmung verlesen werden mußte. — Als der Bruder des Verletzten von diesem erfahren hatte, daß ihn ein Mann von „Vater Grams“ aus begleitet hätte, wurde die Persönlichkeit des Täters, der in Mariendorf in der Chausseestraße 27 wohnte, bald festgestellt. Als drei Kriminalbeamte am nächsten Tage dorthin kamen, fanden sie die Tür verschlossen und den Angeklagten nicht anwesend. Die Beamten ließen die Tür durch einen Schlosser öffnen und versteckten sich in der Kammer. Als Schluß nachts nach Hause kam, wurde er von den Beamten festgenommen. Bei ihm wurden nur noch 67 Mk. vorgefunden. — In dem gestrigen Termin befreit der Angeklagte, daß er von Anfang an es auf eine Verabredung des Gänzler abgesehen gehabt habe. Er wollte dem Gerichtshof glauben machen, daß Gänzler ihm schon unterwegs auf der Fahrt nach dem Schießbahn-Waldhof unstillige Anträge gemacht und diese auf dem Wege von Strausberg nach Eggersdorf unter Drohungen wiederholt habe. Da habe er den Gänzler niedergeschlagen. Der Angeklagte behauptete ferner, daß er sich nicht mehr der Einzelheiten der Tat erinnere, diese vielmehr in einem der Schwindelactenfälle, an denen er

öfter leide, begangen haben müsse. Er verweigerte darauf, daß er einen Sturz vom Bau erlitten und dabei eine Gehirnerschütterung davongetragen habe. Diese Tatsache wurde zwar ärztlichseits bestätigt, aber das Vorhandensein jeglichen Moments zur Begründung einer Anzurechnungsunfähigkeit verneint. Andererseits hat Gänzler unter seinem Eide entschieden bestritten, dem Angeklagten irgendwelche unstilligen Anträge gemacht zu haben, und auch die vernommenen Zeugen bestritten, bei Gänzler jemals perverse Reigungen bemerkt zu haben. Die Wahrnehmungen der im Gramschen Lokale anwesend gewesen Zeugen deuten darauf hin, daß der Angeklagte ganz planmäßig vorgegangen sei. — Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten der versuchten Mordes und des vollendeten schweren Raubes schuldig zu sprechen. — Der Verteidiger glaubte dagegen nicht, daß der Angeklagte von Anfang an schon die Absicht gehabt habe, den Gänzler zu töten, vielmehr habe er es ursprünglich wohl nur auf eine Verabredung abgesehen gehabt. Der Verteidiger hielt daher nur versuchten Totschlag und Raub für vorliegend und plädierte auf Bewilligung mildernder Umstände. — Die Geschworenen bejahten indessen die Schuldfragen auf versuchten Mord und schweren Raub unter Verlesung mildernder Umstände. Staatsanwalt Engelbert beantragte die höchstzulässige Strafe von 15 Jahren Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Der Gerichtshof erkannte auf 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte erklärt auf Einlegung eines Rechtsmittels verzichten zu wollen und die Strafe anzunehmen.

## Vermischtes.

**Ordnung in der Polizeiezekution.** Vor dem Schöffengericht in Halle klagte der Kommissar Kriebel, Leutnant der Reserve, gegen seinen Vorgesetzten, dem Ober-Polizei-Inspektor, Igl. Amtsanwalt und Hauptmann der Landwehr Beydemann wegen Verleumdung. Als Kriebel sich im Juli v. J. wegen schlechter Behandlung bei dem Oberpräsidenten beschwerte und dabei, um die Ungerechtigkeit seiner Vorgesetzten darzulegen, einige Mitteilungen über einen Kommissar, der zuweilen total betrunken zum Dienst kam, und über andere Polizeibeamte, die sich stillos vergingen, gemacht hatte, ging die Beschwerde nicht den Instanzenzweg, sondern zurück an Beydemann. Dieser ließ sich nun den Kommissar in sein Bureau rufen, spie mit den Worten: „Hui Teufel“ vor ihm aus, kam mit geballten Fäusten auf Kriebel zu. Als dann der Kommissar sagte: „Ich bin doch nicht Ihr Slave“, schrie der Ober-Inspektor: „Seien Sie nicht so frech, halten Sie den Mund“, und forderte den im Bureau anwesenden Wachmeister auf, den Kommissar und Leutnant hinauszuwerfen. Zwei als Zeugen geladene Beamte bestätigten den Vorgang. Kriebel beklagte sich sehr bitter über die Behandlung seitens des Ober-Polizei-Inspektors. Der Mann habe nicht davor zurückgeschreckt, zu versuchen, ihn, Kriebel, als er seine Rechte wahrnehmen wollte, für unzurechnungsfähig erklären zu lassen, obwohl Privatkläger kranke und sei. Beamte, die das Ansehen der Polizei geschädigt haben, habe er bevorzugt, ihn habe er unterdrückt. Kriebels Verteidiger warf Beydemann Mißbrauch der Amtsgewalt vor. Beydemann, war, wie schon früher, wieder nicht zur Verhandlung erschienen. Er ließ durch seinen Verteidiger erklären, alles was er getan habe, habe er nur getan, um Ordnung in die Polizeiezekution hineinzubringen. Das Gericht verurteilte den ordnungswidrigen Ober-Polizei-Inspektor zu einer Geldstrafe von 30 Mk. evtl. 3 Tagen Gefängnis.

**Der Jauerkünstler als Mörder und Selbstmörder.** In Plauen im Vogtlande hat der dort ansässig gewesene 45-jährige Wandredner, Magnetiseur und Hypnotiseur Böning seine frühere langjährige Geschäftsfährtin, die unverheiratete Dibel, in deren Wohnung erschossen und dann sich selbst entleert. Böning der verheiratet und Vater zweier Töchter gewesen, zog schon seit etwa 15 Jahren von Ort zu Ort, um sich als „Jauerkünstler“ zu produzieren. Auf diesen Kunststreifen wurde er stets von Fräulein Dibel begleitet, deren Namen als „ausgewählte Jungfrau Magnet“ auf den Programmen prangte. Das trotz seiner 35 Jahre noch immer auffallend hübsche Mädchen hatte nicht geringen Anteil an den künstlerischen und materiellen Erfolgen seines Herrn und Meisters. Vor mehreren Wochen hatte Fräulein Dibel, des ewigen Romanlebens müde, der Künstlerlaufbahn Valet gesagt, und war als Wirtshauskellnerin in die Dienste eines Werkmeisters getreten, dessen Frau zurzeit schwer erkrankt darniederliegt. Am Sonnabend gegen 11 Uhr vormittags hingeliegt es an der Wohnung des Werkmeisters und als Fräulein Dibel die Korridortür öffnete, stand Böning vor ihr. Fräulein Dibel führte den unerwarteten Gast in die Küche, wo sich gerade das Kind der Eheleute aufhielt. Böning schilderte nun in beweglichen Worten seine durch den Austritt von Fräulein Dibel entstandene Verlassenheit und Einsamkeit, und bat das Mädchen Himmelshoch, ihn wieder, wie früher, auf seinen Kunststreifen zu begleiten. Fräulein Dibel war jedoch nicht zu bewegen, ihre Stellung zu verlassen. Als Böning einfiel, daß jede Hoffnung für ihn verloren, zog er plötzlich seinen verborgenen Revolver hervor und feuerte zwei Schüsse auf seine frühere Kunstgefährtin ab, die der Keimsten in Brust und Kopf drangen, so daß sie blutüberströmt zu Boden sank und alsbald verschied. Hiernach richtete der Mörder die Waffe gegen sich selbst und tötete sich mit einem wohlgezielten dritten Schusse.

**Brandkatastrophe in New York.** Bei dem Brande eines Mietshauses in der Alenstraße im östlichen Teile der Stadt ist eine große Anzahl Personen ums Leben gekommen. Neunzehn Leichen sind bereits aufgefunden, viele werden noch vermist; zwölf Personen wurden verletzt, davon drei lebensgefährlich. Die Opfer sind zum größten Teil polnische Israeliten.

**Der staatsgefährliche Esel.** Im Zirkus zu Warschau auf der Ordinalstraße führte, wie das „D. Z.“ mitteilt, ein Klowen einen dreifüßigen Esel vor. Nachdem Grauchen verschiedene Kunststücke gezeigt, sollte es auch exerzieren. Auf das Kommando „Vorwärts“ konzentrierte der Esel sich aber rückwärts. Je mehr der Dresseur „Vorwärts“ rief, desto mehr eilte das Tier zurück. Darauf rief der Klowen: „Aha, ich merke, Du bist Europäin!“ Dieser Scherz rief ein ungeheures Gelächter und einen fürmlichen Beifall hervor. Auf polizeilichen Befehl wurde der Zirkus geschlossen und der Klowen verhaftet.

**Marktpreise von Berlin am 13. März.** Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,30-00,00 Mk., mittel 00,00-00,00 Mk., geringe 00,00-00,00 Mk. Roggen\*\*), gute Sorte 13,70-00,00 Mk., mittel 00,00-00,00 Mk., geringe 00,00-00,00 Mk. Rülleygerke\*\*), gute Sorte 16,40-15,10 Mk., mittel 15,00 bis 13,80 Mk., geringe 13,70-12,50 Mk. Daler\*\*), gute Sorte 16,20-15,50 Mk., mittel 15,40-14,70 Mk., geringe 14,60-14,00 Mk. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00-30,00 Mk. Spelzbohnen, weiße 50,00-30,00 Mk. Bohnen 60,00-30,00 Mk. Kartoffeln 10,00-8,00 Mk. Rüchitzkorn 0,00-0,00 Mk. Ger 0,00-0,00 Mk. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,60 Mk. Eier per Schock 4,40-3,00 Mk. \*) Zwei Wagen und ab Bahn. \*\*) ab Bahn.

## Witterungsübersicht vom 14. März 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohls mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. hohls C.	Stationen	Barometer hohls mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. hohls C.
Emmende	757	SE	3	moßten	3	Dabaranda	763	SE	1
Damberg	752	SE	3	moßten	4	Petersburg	763	SE	3
Berlin	756	SE	2	moßten	4	Stettin	743	SE	5
Frankf. a. M.	752	SE	2	bedekt	6	Berdeen	745	SE	3
München	756	SE	4	halb bed.	0	Varis	747	SE	4
Wien	760	SE	2	bedekt	2				

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. März 1905.** Warm und vielfach heiter bei lebhaften südlichen Winden; zeitweise etwas Regen.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Rittwoch, den 15. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Rühzahl und der Endpfeiler von Reisse.  
**Neues königl. Opern-Theater.** Die Schule der Frauen. Madame Dufitre.  
**Deutsches.** Schussfeldern.  
**Berliner.** Al-Deibelberg.  
**Wesien.** Der Aigenerbaron.  
**National.** Don Juan.  
**Neues.** Ein Sommernachtsstraum.  
**Thalia.** Der Kilometerfresser.  
Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Im Hafen.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Häufliches Theater.) Der Leibalte.  
**Leitung.** Eiga.  
**Zentral.** Die Juxheirat.  
**Kleines.** Sanna.  
**Reichshallen.** Hotel Bombadour.  
**Lustspielhaus.** Der Familientag.  
**Trianon.** Das Abenteuer des Herrn Malezieng.  
**Kasino.** Derat auf Probe.  
**Deutsch-Amerikanisches.** New York.  
**Wesien.** Unsere Frauen.  
**Belle Alliance.** Der beste Zip.  
**Carl Weiß.** Die Kinder des Kapitan Grant.  
**Metropol.** Die Herren von Paris.  
**Apollo.** Das Weischenmädchel.  
**Spezialitäten.**  
**Serrfeld-Theater.** Die Reperhains.  
**Passage-Theater.** Die 5 Lockons.  
**Vollen Kassen.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Palast.** Die man Weiber fesselt.  
**Spezialitäten.**  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
Am Theater abends 8 Uhr:  
Der Sampion und sein Gebiet.  
**Jubalidenstraße 57/62.** Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtsstraum.**  
Donnerstag, Freitag: Ein Sommernachtsstraum.  
Sonntag: Minna von Barnhelm.  
Montag, Dienstag: Ein Sommernachtsstraum.

**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Sanna.**  
Donnerstag und Freitag: Angele.  
Der Bär.  
Sonntag: Liebesträume.  
Familienidyll. Serenissimus.  
Abends: Nachtasyl.

**National-Theater**  
Weinbergsweg 19.  
Rittwoch, den 15. März 1905:  
**Don Juan.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Fialto.

**Zentral-Theater**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Juxheirat.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.  
Musik von Franz Lehár.  
Morgen und folgende Tage: Die Juxheirat.  
Sonntag nachm.: Der gestiefelte Kater.  
Abends: Die Juxheirat.  
Montag nachm.: Der Zigeunerbaron.  
Abends: Die Juxheirat.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Unsere Frauen.**  
Donnerstag: Gastspiel Kattowsky: Das Leben ein Traum.  
Freitag: Von Stufe zu Stufe.  
Sonntag: Vorbeerbaum und Bettelstab.  
Sonntag nachm.: Nittensbesüher.  
Abends: Vorbeerbaum u. Bettelstab.  
Montag: Vorbeerbaum u. Bettelstab.

**Apollo-Theater**  
218. Friedrichstraße 218.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Das Weischenmädchel.**  
Musik von Prof. Josef Hellmesberger.  
Vorher 8 Uhr:  
**Die neuen März-Spezialitäten.**

**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungsspieler mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Inszeniert vom Direktor Richard Schults.  
**Henry Bender.** Josef Giampietro.  
**Josef Josephi.** Anton Grünfeld.  
**Frid Frid.** Fritz Massary.  
Das Fest des Lichts. (Ballett).  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Urania, Taubenstr. 48/49.**  
8 Uhr:  
**Der Sampion und sein Gebiet.**

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Das sensationelle  
**Riesen-Mädchen!!!**  
Rosa Wedsted.  
2 Meter 20 cm hoch,  
größtes lebendes Riesin der Welt.

**Kasino-Theater**  
Lothringersstraße 37 (Kosenthaler Tor.)  
Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2 - 8 Konzert.  
**Heirat auf Probe.**  
Vorher das vollst. neue Programm.  
Sonntag nachmittags 4 Uhr: in Vertretung.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Das Abenteuer d. Hrn. Malezieng**  
Die Brieftasche.  
Ein peinlicher Zwischenfall.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die glückliche Gilberte.

**Passage-Theater.**  
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Anf. nachm. Sonntag 3. Bögen 5 Uhr.  
**The five sisters**  
die berühmten Frauen Schönheiten.  
**Lorrison**  
die exotische Straßenfängerin.  
**Bokken Lasson**  
Die Picchiani-Truppe.  
14 neue Nummern, jede hervorragend.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Abendstück: Der Familientag.  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpnickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.  
Abends 8 Uhr!  
**Gastspiel Adolf Philipp.**  
Heute:  
**LETZTEN MALE**  
„New-York“.  
Zum Donnerstag, abds. 8 Uhr:  
427. „Ueber'n großen TEICH“.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Halbe Preise.  
„Ueber'n großen Teich“.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Hotel Pompadour.**  
Schwan in 3 Akten v. Anthony Mars u. Leon Tanros. Deutsch u. R. Schönau.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora.

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.**  
Der größte Erfolg seit 14 Jahren ist unbestritten die Novität:  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld mit Anton Herrnfeld als Pischewil. Herausgeber d. „Scheinwerfer“ und Donat Herrnfeld als Kommerzienrat Meyerhain.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11 - 2 Uhr.

**Sanssouel.**  
Kollbuser Tor - Stat. der Hochbahn.  
Heute  
Rittwoch zum erstenmal:  
**Ein Weib aus dem Volke.**  
Volkschauspiel in 5 Akten.  
Marianne: St. F u d 6 als Gast.  
Sonntag, Montag.  
Donnerstag:  
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen.

**Schiller-Theater** Friedrich-Wilhelm-Häufliches Theater.  
Rittwoch, abends 8 Uhr:  
**Im Hafen.**  
Drama in 3 Akten von Georg Engel.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Thalia-Theater.  
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Stürmischer Lacherfolg!**  
**Der Kilometerfresser**  
Charleys Tante.  
Belle Alliance-Theater.  
Belle Alliancestr. 7/8.  
Lezte Vorstellungen.  
Heute bis Freitag abends 8 Uhr:  
**Der beste Zip.**  
Sonntag, 18. März, zum erstenmal:  
**Die Rote.**  
Sonntag nachm. 8 Uhr: **Deborah.**

**Neues Konzerthaus**  
Grand Hotel Alexanderplatz.  
**Gr. Kurt Goldmann-Konzert**  
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen G. Bonn. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Meine Säle in Berlin wie Blumengärten empfehle zu Versammlungen und Feiern jeglicher Art.  
23232\*

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 Uhr: Lezte Woche:  
**Die Kinder des Kapitan Grant.**  
Sonntag nachm. Kinder-Vorstellung, 11 Preise: Die Wünschelrute.  
Sonntag nachm. 8 Uhr, Parfett 60 Pf.: Maria Stuart.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Zum letztenmal:  
**Gajazzo und seine Familie**  
oder: Unschuldig verurteilt.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Donnerstag: Extra-Elite-Vorstellung.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 32, früher Feen-Palast.  
Nis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.  
8 Uhr! Ein stürmischer Lacherfolg!  
Vor- und nachher: Die phänomenalen März-Spezialitäten allerersten Ranges.  
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.  
Entree 50 Pf.  
Freitag, den 17. März: Gr. Elite-Vorstellung: Vorbeerbaum und Bettelstab.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

**Skala-Theater.**  
Lichtenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
**Deta Waldau**  
sowie  
20 internat. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
**Der Goldfuchs.**  
Große Besse mit Gesang in 4 Akten von Jacobsohn und L. Eig.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.  
Vorzugskarten zu halben Kassenpreisen haben Gültigkeit.  
Voranzeige! Rittwoch, den 22. März: Gr. Extra-Benefiz-Vorstellung für den Regisseur Robert Fuchs: Die drei Grazien.

**Volksgarten-Theater**  
(früher Weimann).  
Rittwoch, den 15. März cr.:  
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Frau Eva Honnig. Zum erstenmal:  
**Madame Bonivard.**  
Schwan in 3 Akten von Hison und Ward.  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm. Neues Programm.  
**SAHARET.**  
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stelling u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstraßfahrerin. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

**Confection**  
Jaquets, Dollmann  
Staubmütel, Costumes  
Costum-Röcke, Housen.  
C. Pelz, Kottbuser  
Straße 4.

**Zurückgekehrt:**  
**Frauenarzt Dr. Simons,**  
Königsbergerstr. 21  
(Kantstr. 74).

Empfehle meine  
**Blumen- und Kranzbinderei**  
zur Anfertigung von Vereinskränzen, Blumenarrangements etc.  
**Wilh. Labsch,**  
Waldemarstr. 61, Ede Mariannenpl.

**Steppdecken**  
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.  
S. Steppdecken, Berlin 14.  
3. Aufl. Preisliste gratis.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankschreiben bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, des Gastwirts  
**Fritz Klugmann**  
lage an dieser Stelle innigsten Dank. Insbesondere danke den Herrn vom Sozialdemokratischen Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises, dem Vorstand der Orts-Krankenkasse der Gastwirte etc., seinen Kollegen vom Verband deutscher Gastwirte, gefälligen (Ortsverw. Berlin) und dem Gesangsverein des Verbandes deutscher Gastwirte (Ortsverwaltung Berlin) für ihre trostreichen Gesänge.  
Berlin, im März 1905.  
Ww. Hedwig Klugmann,  
Zielfeldstr. 6.

**Zirkus Schumann.**  
Heute abend präglie 7 1/2 Uhr:  
**Grande Soirée equestre. Elite-Programm.**  
H. a.: Herr Albert Carré, Sohn des königl. niederländischen Zirkusdirektors Oskar Carré,  
Hr. Jos. Hoggini. - Hrh. Daisoy. - Hrh. Stickney.  
Die glänzenden neuen Spezialität.  
Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.  
Bemer: Eine absolute Schenswürdigkeit  
**Mr. Ephraim Thompsons**  
einzig dastehendes  
**Gleisanten**  
Reu! Gleisanten als Akrobaten, musikalische Clowns, Der Barbier, urkomische Szenen, dargestellt von  
**Gleisanten.**  
Die größte Reueil: Der  
**Saltomortale schlagende Elefant!**  
Um 9 1/2 Uhr: Unübertroffener Erfolg!  
**Eine Nordlandsreise.**  
Größte Pracht-Ausstattungspantomime der Gegenwart.  
Zirkus 400 Mitwirkende. 2 Musikkorps.

**Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Tempelhof und Hasenheide.**  
Rechnungs-Abchluss für 1904.  
a) Einnahmen.  
1. Kassenbestand . . . . . 2 574.79  
2. Zinsen von Kapitalien . . . . . 554.03  
3. Eintrittsgelder . . . . . 1 278.50  
4. Gelambeträge . . . . . 53 364.63  
5. Ertragsleistung f. gewählte Krankenunterstützung . . . . . 131.-  
6. Ertragsleistungen von Berufsgenossenschaften . . . . . 599.48  
7. Sonstige Einnahmen . . . . . 292.15  
Zusammen 59 354.58

b) Ausgaben.  
1. Für ärztl. Behandlung 5 459.35  
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel . . . . . 5 276.93  
3. Krankengelder: a) an Mitglieder . . . . . 12 360.60 b) an Angehörige . . . . . 443.80  
4. Unterstützungen an Schwestern . . . . . 321.-  
5. Sterbegelder . . . . . 678.-  
6. Kur- u. Verpflegungskost. an Krankenanstalten . . . . . 8 856.00  
7. Ertragsleistungen für gewählte Krankenunterstützungen . . . . . 707.80  
8. Zurückgezählte Beiträge und Eintrittsgelder . . . . . 196.46  
9. Für Kapitalanlagen . . . . . 18 054.03  
10. Durchlaufende Posten . . . . . 726.03  
11. Verwaltungsausgaben: a) persönliche . . . . . 2 540.55 b) sächliche . . . . . 691.75  
12. Sonstige Ausgaben . . . . . 292.66  
Zusammen 56 598.86

Einnahme . . . . . 59 354.58  
Ausgabe . . . . . 56 598.86  
Sachbestand . . . . . 2 755.72  
Referendats: 38 355.97  
Vorjahr . . . . . 20 301.94  
Der Vorstand. 271/4  
B. Runge, Vorsitzender.

**Möbel**  
in einfacher sowie eleganter Ausführung. Große Auswahl. Billig. Preise. Langjährige Erfahrung. Zahlreiche Anerkennungen.  
**M. Hirschowitz,** Mariannen-Straße 7a.  
Abonnenten erhalten 2 Proz. Rabatt.  
Wir empfehlen:  
**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**„Die Tonne“**  
Roman von Denis Diderot.  
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Ergebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.  
Das Buch kostet groß 2.- M. geb. 3.50 -

**Buchhandlung Vorwärts,**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

**Sozialdem. Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkr.  
Nachruf!  
Am Freitag, den 10. d. M., verstarb unser treues Mitglied  
**Max Großer.**  
Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen Freund und steten Mitarbeiter unserer Ziele.  
Ehre seinem Andenken!  
238/7 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Wilmerdorf.**  
Den Parteigenossen die trauerige Nachricht, daß unser Genosse, der Einseher  
**Gustav Geisenhainer**  
am Sonntag, den 11. d. M., infolge eines Betriebsunfalles verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen treuen Genossen und eifrigen Mitkämpfer.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmerdorfer Kirchhofs aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
232/9 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband.**  
Branche der Einsetzer.  
Den Mitgliebern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der 2. Obmann  
**Gustav Geisenhainer**  
am Sonntag, den 11. d. M., infolge eines Betriebsunfalles sich aus dem Leben geschieden ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Wilmerdorfer Kirchhofs aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
82/2 Die Kommission.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Schöneberg.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied, der Einseher  
**Gustav Geisenhainer**  
in seinem Beruf tödlich verunglückt ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. März, nachmittags 5 Uhr, vom Wilmerdorfer Kirchhof aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
82/3 Die Ortsverwaltung.

Am Montag entschlief mein lieber Mann, der Gärtler 406  
**Emil Papke**  
im 46. Lebensjahre.  
Beerdigung morgen nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofs aus.  
Um stille Beileid bitten  
**Agnes Papke geb. Korb.**

Am Dienstag, den 14. d. M., verstarb sanft nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Luise Wegner**  
geb. Schröder.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.  
Dies zeigen hierdurch an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Paul Wegner**  
nebst Sohn und Tochter.

Nach schwerem Leiden entschlief unsere hochgeehrte Mutter, Frau  
**Klara Stössel**  
im 52. Lebensjahre.  
Ihr liebevolles, stets hüfliches, bereites Wesen wird uns allen unermesslich bleiben.  
Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kontobuchfabrik und Buchdrucker von  
**Eyck & Friedländer.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofs in Wilhelmstraße aus statt.  
395

**Rheumatismus**  
Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. verschwinden nach kurzer Zeit durch äußerlichen Gebrauch von  
**„Electricum“** (Netherisches Baldmölöl). Einfaches und unerschöpfliches Naturprodukt von starker und durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit.  
Fl. Mk. 1.- u. 2.-, franko 2.50.  
**Otto Reichel,** BERLIN 49,  
Eisenbahnstr. 4.



